262. Montag, den 8 November 1869. 262.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweiundsiebzigster Jahrgang.

Amtliches.

Berlin, 6. Novbr. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geh. Ober-Reg.-Rath v. Schweinitz, vortragenden Rath im Ministerium des K. Hauses, den Rothen Adler-Orden II. Kl. mit Eichenlaub, dem Reg.-Rath Reimerdes zu Kassel den Rothen Adler-Orden IV. Kl., dem Steuer-Einnehmer Pitschke zu Quedlinburg den Kronen-Orden IV. Kl., dem Lehrer Ackermann zu Naumburg a. S. den Adler der IV. Kl. des Haus-Ordens von Hohenzollern, sowie dem Schullehrer und Küster Zimmermann zu Kreypau, Kr. Merseburg, und dem Kreis-Exekutor Reinhardt zu Waldenburg das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Kreisgerichts-Sekretär Wendler in Templin bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Se. M. der König haben im Namen des Norddeutschen Bundes an Stelle des verstorbenen Vizekonsuls Sellier zu Dieppe den Kaufmann Chapmann daselbst zum Vizekonsul des Norddeutschen Bundes zu ernennen geruht.

Der Rechtsanwalt und Notar Tamms in Barth ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Stralsund, mit Anweisung seines Wohnsitzes ebendaselbst, und der Notar Freischem in Ründeroth ist in den Friedensgerichts-Bezirk Opladen, im Landgerichts-Bezirke Düsseldorf, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Opladen, versetzt worden

Bei der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden sind der Hülfsarbeiter Sasse zum Geh. Kanzlei-Sekretär und die Hilfsarbeiter Metzeltin, Meyer, Wegener, Scharping und Rossow zu Geh. Sekretären ernannt worden.

Deutschland.

△ **Berlin**, 7. Novbr. Wenn der König oder ein Mitglied des königlichen Hauses auf die Glückwünsche, welche ihm bei Gelegenheit seines Geburtsfestes oder eines andern festlichen Tages dargebracht werden, eine schriftliche Antwort erläßt, so pflegt der Zeitungsleser wohl davon Akt zu nehmen, ohne aber dem Inhalt des Schreibens eine besondere Beachtung zuzuwenden, da er annimmt, daß es sich nur um die gebräuchlichen und schon bekannten Formeln der Höflichkeit handle. Es wird daher gut sein, Ihre Leser auf die Bedeutung der Antwort aufmerksam zu machen, welche von Seiten des Kronprinzen auf das von der hiesigen Stadtverordnetenversammlung zu seinem Geburtstag übersandte Glückwunschschreiben eingegangen ist. Bisher war weder von offizieller noch von offiziöser Seite zugestanden worden, daß die Reise des Kronprinzen nach dem Orient einen weitern Zweck verfolge, als die der Einladung des Vizekönigs von Egypten entsprechende Theilnahme an den glänzenden Festlichkeiten bei Eröffnung des Suezkanals. Das Schreiben des Kronprinzen konstatirt nun aber ohne Rückhalt, daß die Reise durch die „öffentlichen Interessen", also durch politische Motive bedingt worden sei, und spricht den Wunsch aus, daß sie „für die Entwicklung des Wohlstands und des Ansehens des engeren und weiteren Vaterlandes" den erhofften Erfolg haben möge. Aus dieser unumwundenen Erklärung erhellt auch, wie nothwendig die Wahl eines Repräsentanten des preußischen Thrones, da der gegenwärtige Träger der Krone namentlich durch seine hohen Jahre an den Feierlichkeiten persönlich theilzunehmen verhindert war, nicht auf einen andern Prinzen, sondern auf den Thronfolger fallen mußte, sollte der ausgesprochene Zweck erfüllt werden, und es bedarf nun auch nicht mehr der zum Theil weit hergeholten Begründungsversuche für den plötzlichen Entschluß des Kaisers von Oesterreich, in Person die Orientreise anzutreten. Offenbar hat dafür die Erwägung den Ausschlag gegeben, daß es, wenn das Kaiserreich nicht in den Schatten gestellt werden solle, der eignen Person des Monarchen bedürfe. Ein Erzherzog hätte doch immer nur nach dem preußischen Thronfolger rangiren können, jetzt ist umgekehrt dieser der Zweite. Was freilich in den Augen der Orientalen diesen Nachtheil wieder reparirt, ist der Umstand, daß ihr Interesse in erster Linie dem Repräsentanten des Landes zugewendet ist, welches sich an die Spitze Deutschlands gestellt und durch ein energisches und glückliches Vorgehen auf der Bahn der nationalen Einigung die Bewunderung Aller herausgefordert hat. Auch ehrt man in dem preußischen Kronprinzen nicht nur den Thronfolger, sondern zugleich den glorreichen Feldherrn. In Athen u. a., also gerade dort, von wo aus das erwähnte Schreiben datirt ist, war er bei seiner Ankunft durch die Inschrift einer Ehrenpforte: *Χαῖρε ὦ ἥρως τῶν μαχῶν*! (Sei gegrüßt, Held der Schlachten!) begrüßt worden.

⊙ **Berlin**, 7. Nov. Das Abgeordnetenhaus entbehrt bei seiner diesmaligen Berathung des Budgets eine Kraft, die sonst sehr wesentliche Dienste leistete, weil sie seit Jahren es sich zur speziellen Aufgabe gemacht hatte, den Etat rechnungsmäßig aufs Genaueste zu prüfen, die verwickelten Berechnungen und Buchungen kritisch zu beleuchten und das höchst komplizirte Detail nach einzelnen größeren Gesichtspunkten so zu gliedern, daß die meisten Mitglieder des Abgeordnetenhauses erst nach diesem Maßstab sich ein Bild des Ganzen zu entwerfen pflegten. Dieses Verdienst erwarb sich der Abg. Twesten, der vorläufig und wahrscheinlich für längere Zeit noch verhindert ist an den Berathungen Theil zu nehmen und dessen Stelle einstweilen unausgefüllt bleibt. Twesten pflegte als der regelmäßige Eröffner der allgemeinen Debatte eine General-Uebersicht des ganzen Budgets vorauszuschicken und hieran die geeigneten Monita anzuknüpfen. Dieses stets sehr instruktive und übersichtlich entworfene, wenn auch meistens nicht durch besonders prägnante Kürze sich auszeichnende Situationsbild hat diesmal gänzlich gefehlt. In der nationalliberalen Fraktion, die sich ihres Verlustes sehr gut bewußt ist, hat sich trotzdem Niemand an die Aufgabe, die Twesten löste, herangewagt, die Meisten scheuen sich eine Erbschaft anzutreten, die mit großer Mühewaltung verbunden ist und deren Objekt sich eigentlich nur durch jährlich wiederholte Durcharbeitung des Gegenstandes ganz bewältigen läßt. Da die nationalliberale Partei auf diese Weise auf den Standpunkt des Verzichtens gerathen ist, so ist die Initiative einigermaßen auf die Fortschrittspartei übergegangen, welche in dem Abg. Richter einerseits ein sehr rühriges, andererseits ein gut informirtes Mitglied besitzt, dessen Studien auf dem Gebiet des Staatsschuldenwesens und der Finanzverwaltung ihm ein gewisses Uebergewicht über die übrigen Mitglieder sichern. In der gestrigen Spezialberathung des Budgets waren die erheblichsten Anträge von dem Abg. Richter gestellt und zwei derselben wurden trotz des Wiederspruchs der Regierung angenommen resp. an die Budgetkommission verwiesen. Der eine betrifft die Verwendung gewisser Ueberschüsse namentlich aus dem Betriebsfond der Hauptverwaltung der Staatsschulden, des Reservefonds der allgemeinen Staatsschuld u. s. w., die bisher meistens gar nicht etatisirt sondern stillschweigend dem Kapital zugeschlagen oder anderweit verwendet worden sind, während sie nach dem Vorschlag Richters in Zukunft als besonderer Einnahmeartikel im Etat aufzuführen sind. Obwohl es sich hierbei gerade um keine bedeutenden Summen handelt, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß das unbeschränkte Verfügungsrecht der Staaatsregierung im Widerspruch mit dem berechtigten Einfluß steht, den die Landesvertretung in Anspruch zu nehmen hat. Der Widerspruch des Finanzministers war denn auch ziemlich schwach, er mußte zugeben, daß möglicherweise wohl Verwendungen vorgekommen seien, die nicht zu billigen seien mögen und bestritt nur, daß als solche die ebenfalls aus diesem Fonds bestrittene Prämie zur Konvertirung bezeichnet werden könne. Der andere Antrag Richters betraf die Fonds zur Tilgung und Verzinsung der provinziellen Staatsschulden auf den gegenwärtig nur noch Schuldbeträge von 52,000 Thlr. lasten, weshalb Richter beantragte, zu erklären, daß eine weitere Reservirung des Fonds über jene Summe hinaus nicht erforderlich sei. Auch dieser Antrag wurde angenommen. Dem Antrag der Kommissarien des Hauses, den Reservefonds der allgemeinen Staatsschuld von 329,661 Thlr. zur Staatskasse einzuziehen, war bekanntlich schon vorher von Seiten der Regierung nicht widersprochen worden und es wurde auch diesmal die Zustimmung der Regierung ausdrücklich zu erkennen gegeben. Im Gegensatz zur Fortschrittspartei, die mit dem Finanzplan des Hrn. Camphausen sehr rasch fertig geworden ist, beginnen die Organe der nationalliberalen Partei erst jetzt an eine Reihe von Erwägungen heranzutreten. Die „Nat. Z." beginnt heute eine auf mehrere Artikel berechnete Beleuchtung des Finanzplanes, in der sie hauptsächlich hervorhebt, daß, nachdem das effektive Defizit überhaupt nur noch die Summe von nicht 3 Millionen betrage, nach Abrechnung der Summe von 1,300,000 Thlr. für den Verkauf der Königshütte und der überschüssigen Einnahmen des Staatsschatzes, die vorgeschlagene Finanzoperation überhaupt kein Gebot der Noth und Verlegenheit mehr sei, sondern vollkommen ruhig so in Erwägung gezogen werden könne, als ob überhaupt gar kein Defizit vorhanden sei. Um die 3 Millionen flüssig zu machen, brauche kein preußischer Finanzminister zu einem heroischen Mittel zu greifen, wenn sich dasselbe nicht eben aus anderen Gesichtspunkten empfehlen lasse. Diese etwas reservirte Sprache zeigt, daß es noch sehr verfrüht ist, von einer kompakten Majorität zu reden, deren der Finanzminister bereits sicher sein könne, obwohl allerdings die Elemente zu einer solchen mehr, als wie bei irgend einem früheren Anlaß vorhanden sind und Herr Camphausen mit den Fortschritten, die er zu diesem Ziele gemacht, bis jetzt zufrieden kann.

♋ **Berlin**, 7. November. Der neue Finanzminister Camphausen hat die Wohnung, die er bisher als Präsident der Seehandlung inne hatte, verlassen und einen bescheidenen Theil der glänzenden Amtswohnung im Finanzministerium bezogen. Uebrigens hat er bisher fast ausschließlich mit der ersten Abtheilung seines Ressorts, welcher die Budgetangelegenheiten zugetheilt sind, gearbeitet. — Die Nachricht, daß der zeitige Oberpräsident der Provinz Preußen, v. Horn, an die Spitze der Seehandlung treten werde, begegnet vielfachem Zweifel. Vorläufig wird wohl der bisherige Posten des Hrn. v. Camphausen unbesetzt bleiben. — Man glaubt, daß die Interpellation wegen des Verkaufs der braunschweigischen Eisenbahnen schon am Dienstag beantwortet werden und möglicher Weise von einer weiteren Besprechung begleitet sein wird. — In Sachen der alten schleswig-holsteinschen Archive, welche in der gestrigen Budgetdebatte wieder zur Erwägung kamen, hat, wie man erfährt, die Regierung unausgesetzt eine eifrige, bisher aber vergebliche Thätigkeit entwickelt. Es sind dies bekanntlich neun große Archive, welche bis in das zehnte Jahrhundert unserer Zeitrechnung hinaufgehen und die Grundlagen zur Kulturgeschichte des nordwestlichen Deutschland bilden. Diese Archive, welche die Dänen 1864 mit nach Kopenhagen genommen, sind der Gegenstand eifriger Korrespondenzen zwischen dem berliner und dem kopenhagener Kabinet, bisher sind jedoch von letzterm nur ausweichende Antworten ertheilt worden. Seitens der schleswig-holsteinischen Abgeordneten geht man nun damit um, bei der Schlußberathung über das Budget zu beantragen, die Regierung möge die Ablösungsrente aus dem Sundzoll (welche jährlich 240,000 Thlr. beträgt und bis zum Jahre 1877 läuft, also die Summe von 1,700,000 Thlr. umfaßt) so lange zurückhalten, bis die Archive ausgeliefert sind. — Der französische Botschafter am hiesigen Hofe, Graf Benedetti, wird am Mittwoch hier erwartet, die Absicht, mit seiner Gemahlin zu reisen, hat bisher seine Rückkehr verzögert. — In etwa einem Monat tritt der junge Herr v. Lesseps, der jetzt bei seinem Vater zur Eröffnung des Suezkanals weilt, als Attaché bei der hiesigen französischen Botschaft ein, er war bisher bei der Gesandtschaft in Madrid und gehört erst seit Jahresfrist der diplomatischen Laufbahn an.

— Der „St. Anz." enthählt eine Bestätigungs-Urkunde vom 20. Sept. c., betr. den mit der Neisse-Brieger Eisenbahngesellschaft abgeschlossenen Betriebs-Ueberlassungsvertrag.

— Der König hat heute Vormittag das Jagdschloß des Fürsten Pleß verlassen und von Kattowitz aus per Extrazug die Rückreise nach Berlin angetreten. In Breslau traf derselbe um 3¼ Uhr Nachmittag ein und wurde im Bahnhofsgebäude von einer zahlreich versammelten Menge enthusiastisch begrüßt. Nach dem Diner empfing der König den Fürstbischof von Breslau, Dr. Förster, in Audienz. Die Ankunft in Berlin erfolgte Abends und befand sich der König im besten Wohlsein.

— Die vom Abgeordneten Löwe (Kalbe) zur Berathung der Entwaffnungsfrage einberufene Volksversammlung eröffnete um 11 Uhr Vorm. in dem Konzert-Hause, es waren ca. 2000 Personen erschienen. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden wurde zur Wahl des Bureaus geschritten, welche wegen fortdauernder tumultuarischer Störungen durch zahlreich anwesende Mitglieder des Lassalleschen Arbeitervereins nicht zu Stande kommen konnte. Aus demselben Grunde gelangte die von Löwe beabsichtigte Resolution, welche besagte:

„An unserer Volksvertretung ist es, mit der Forderung auf Abrüstung vorzugehen, und den Parlamenten anderer Völker zuzurufen: Wir wollen den Frieden, lasset uns gemeinsam wirken für den Frieden."

nicht zur Verlesung. Die Versammlung wurde daher von dem Vorsitzenden Löwe geschlossen. Die zurückbleibenden Lassalleaner tagten unter dem Vorsitze des Sekretärs des Lassalleschen Arbeitervereins, Tölcke, weiter und nahm nach langer lebhafter Debatte eine Resolution an, in welcher es heißt: Die Abgeordneten der Fortschrittspartei haben durch die Agitation für eine theilweise Abrüstung und zwar auf diplomatischem Wege, eine Halbheit begangen, die Abgeordneten der Fortschrittspartei verdienen das Vertrauen der Arbeiterklasse wegen des erwähnten Vorgehens in der Abrüstungsfrage sowie wegen ihrer Haltung der Frage der direkten Wahlen nicht, sind vielmehr sammt der ihnen anhängenden Bourgeoisie auf das entschiedenste zu bekämpfen. Die Versammlung schloß um 2 Uhr. Außer dieser Nachricht des „Wolffsch. Tel. B." schreibt unser ♋-Korrespondent über diese Affaire Folgendes:

Die heutige Volksversammlung der Fortschrittspartei führte zu sehr tumultuarischen Scenen in demjenigen Theil der Leipziger Straße, welche dem Dönhofsplatz nahe gelegen ist. Die Versammlung war um 11 Uhr Vormittags in dem schönen durch Bilses Konzerte berühmten Saale des Konzerthauses anberaumt. Gleich nach 10 Uhr drangen jedoch die Sozial-Demokraten ein und füllten den Saal, die Vor-, Nebenräume und Gänge so, daß schon gegen 11 Uhr unmöglich war, in den Saal zu gelangen. Im Vordergrunde sah man die Abgeordneten Löwe, Dunker, Schultze-Delitzsch und A. Löwe eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, als er indessen die Wahl eines Vorsitzenden einleiten wollte, erhob sich ein solcher Tumult Seitens der Sozial-Demokraten unter dem Rufe: „Tölcke!", daß sich Löwe genöthigt sah, im Namen seiner politischen Freunde die Versammlung für geschlossen zu erklären und letztere aufzufordern, den Saal zu verlassen. Dies war das Signal zu neuem Tumult bei welchem Fäuste und Stöcke bereits in die Debatten griffen. Mit Müh und Noth gelangten die Führer der Fortschrittspartei und namentlich Schultze, den man hart bedrängte in das Freie, und auf der Straße setzte sich in einzelnen Gruppen die Prügelei fort; die Polizei hatte schwere Arbeit. Von 12 Uhr ab wurde Niemand mehr eingelassen. Unter dem Präsidium des genannten Herrn Tölcke aus Iserlohn (es wurde gesagt er fungire als Generalsekretär des Dr. Schweitzer) waren nun die Sozial-Demokraten, die übrigens in demselben Saale um 12 Uhr eine Versammlung angemeldet hatten, beisammen und beschlossen ein Mißtrauensvotum gegen die Fortschrittspartei und eine Resolution über Errichtung von Milizheeren oder so etwas dergl., das war das Ende vom Liede.

— Die „Ostpr. Ztg." schreibt: Nach der neuen Gerichtsordnung, welche jedoch noch der Bestätigung der Kammern bedarf, soll die Zahl der Appellationsgerichte bedeutend reduzirt werden. So würden z. B. diejenigen zu Insterburg und Marienwerder eingehen und ihre Sprengel zu dem des ostpreußischen Tribunals gezogen werden, dessen Sitz gleichzeitig nach Braunsberg zufolge des Reorganisationsplanes verlegt werden soll. (?)

— Im Bereiche der Allgemeinen Gerichtsordnung werden für das nächste Jahr 27 neue Richterstellen in Aussicht genommen, woraus hervorgeht, daß die Anzahl der erledigten Richterstellen gleichfalls besetzt werden wird.

— Im Ministerium des Innern kommt nach den „H. N." eine Novelle zum Preßgesetz, welche den Preßgewerben Erleichterung gewähren soll, unter Anderm im Punkte der Kautionen, zur Berathung.

— Der Wirkl. Geh. Rath Bode ist seinem Wunsche gemäß vom 1. Jan. 1870 ab von dem Präsidium der Immediat-Justiz-Examinations-Kommission entbunden worden.

— In Merseburg starb am 5. d. nach 56jähriger Amtsthätigkeit der Geh. Regierungs- und Landbaurath Ritter im 75. Lebensjahre.

— Gegen die Restituirung des bekannten Bürgermeisters von Jülich, Jungbluth, hatten 15 Stadtverordnete Protest erhoben. Dieselben sind nun von der Regierung zu Aachen davon in Kenntniß gesetzt, daß das Dis-

ziplinar-Verfahren gegen Bürgermeister Jungbluth noch nicht beendet ist, indem gegen die Entscheidung erster Instanz sowohl von dem Beamten der Staatsanwaltschaft, als auch von dem Bürgermeister Jungbluth die Berufung eingelegt worden ist, so daß die Verhandlungen dem Staatsministerium werden eingesandt werden.

In **Gumbinnen** fand am 2. Nov. eine namentlich von Landleuten sehr stark besuchte politische Versammlung statt, in Abwesenheit des Bürgermeisters vom Polizeianwalt v. Goericke überwacht. Zuerst wurde der Anschluß an die elbinger Petition wegen Aufhebung der Klöster beschlossen, dann die neue Kreisordnung beleuchtet, woran sich eine allgemeine lebhafte Debatte knüpfte. Als Gast aus benachbartem Kreise war Donalies-Milluhnen anwesend, sich lebhaft bei der Debatte betheiligend. Zum Schluß sprach Gutsbesitzer Reitenbach über die Frage: „wer soll über Krieg und Frieden bestimmen?" als Einleitung zur Unterzeichnung einer Zustimmungsadresse an Virchow, als die Versammlung durch den Ueberwachenden mit den Worten „das kann ich nicht länger hören, ich löse die Versammlung auf" zum Auseinandergehen gezwungen wurde. Die Betheiligten haben nach dem „B. B. Frd." den Weg der Beschwerde über diese Maßnahme angetreten.

Hannover, 4. Nov. Auch die Wahl des Vizepräsidenten der Landessynode fiel heute im Sinne der orthodoxen Mehrheit auf den Superintendenten Hüpeden und den Vizedirektor des Appellationsgerichts Meyer. Brüel richtete an das Kirchenregiment die Anfrage, ob eine Vorlage der Regierung zu erwarten sei, betreffend die Sicherung der Selbstständigkeit der hannoverschen Landeskirche, worauf der Präsident des Landeskonsistoriums, Lichtenberg, erwiderte, daß dies, so viel er wisse, nicht der Fall sei, doch sei er von den Absichten des Kultusministeriums nicht genau unterrichtet, habe jedoch in Berlin vergeblich gebeten, einen besser informirten Spezialbevollmächtigten zu ernennen; man habe geantwortet, die Geschäftsüberhäufung im Kultusministerium sei zu groß. Brüel stellte darauf den Urantrag, man möge in Berathung nehmen, ob und was zur Sicherung der Selbstständigkeit der hannoverschen Landeskirche zu unternehmen sei und einen Ausschuß einsetzen, welcher die Angelegenheit in weitere Behandlung nehmen solle. Der Antrag fand fast einstimmige Unterstützung. (Magdeb. Ztg.)

Aus **Schleswig-Holstein,** 4. Novbr. schreibt man dem „H. C.": Von allen kirchlichen Gemeindevertretungen, die in jüngster Zeit in den Herzogthümern gewählt worden, dürfte wohl diejenige in Neumünster die für solche Körperschaftem befremdlichste Physiognomie haben. Daselbst sind nämlich bei der am 31. Oktober abgehaltenen Wahl die von dem Lassalleanischen Arbeiterverein aufgestellten Kandidaten in so großer Anzahl durchgegangen, daß sie entschieden die Majorität in der Gemeindevertretung haben, mithin auch Kirchenälteste ihrer Richtung wählen werden.

Kiel, 7. Nov. Laut eingegangener Meldung ist Se. M. Schiff „Arkona" am 6. d. Mts. in Malta angekommen und beabsichtigte am folgenden Tage nach Port-Said in See zu gehen. Se. M. Dampfkanonenboot „Meteor" traf an demselben Tage in Porto ein.

Karlsruhe, 6. Nov. Die erste Kammer nahm in heutiger Sitzung die Gesetzentwürfe über eine höhere Besteuerung der Wanderlager (Hausir- und Reiselager) und über die Abschaffung der Personalhaft in bürgerlichen Rechtssachen an.

Oesterreich.

Wien. Der Fürst von Montenegro hat sowohl an die Wiener Regierung, als auch an den russischen Gesandten in Wien ein Schreiben gerichtet, in welchem er alle Schuld an dem dalmatischen Aufstand ableugnet:

„Ich thue das Aeußerste", sagt er in dem Schreiben an den Gesandten, „um allen Zuzug aus Montenegro zu verhindern, und habe die Genugthuung, meine Bemühungen erfolgreich zu sehen; sollten sie aber in Zukunft nicht so erfolgreich sein, wie bisher, so bitte ich meine schwierige Lage in Anschlag zu bringen. Ich bin bereit, mit Gefahr meines Lebens der Ausbreitung des Aufstandes zu wehren. Es ist gewiß, daß, wenn ich sechs Montenegriner wegen Betheiligung daran erschießen lasse, ich als Siebenter fallen werde. Vorerst wird die Insurrektion wesentlich von den Einwohnern des Bezirks Grahova im Gang erhalten, die sich montenegrinische Unterthanen zu nennen pflegen, wenn sie sich mit den Türken schlagen, und türkische, wenn sie die Montenegriner überfallen."

Rußland und Polen.

?? **Petersburg,** 4. Nov. Zu der vom Kaiser den hiesigen Juden ertheilten Erlaubniß, sich hier eine Synagoge zu erbauen, macht der „Golos", dieser gestrenge Wächter der russischen Unifikationsidee, seine skeptischen Glossen. Er traut den Juden nicht, sie tragen sich nach seiner Meinung mit partikularistischen Tendenzen und könnten der Einheit Rußlands gefährlich werden. Hr. Crémieux komme aus Paris nur zu dem Zwecke nach Petersburg, um ihnen Winke zu geben, wie sie ihre separatistischen Bestrebungen mit Erfolg durchführen könnten. Wir können den „Golos" trösten; die Freude der hiesigen Juden über die Erlaubniß zum Bau einer Synagoge hat andere Gründe; sie ist ihnen ein Zeichen, daß man nun auch in Rußland ihre Menschenrechte ehrlich anerkennen wolle. Zugleich sehen sie darin eine klare Bestätigung des ihnen so lange vorenthaltenen Niederlassungsrechts in Petersburg. Was Crémieux hierher führt, ist einerseits der Wunsch, warme Unterstützung bei den hiesigen jüdischen Millionären für die Alliance universelle israélite zu erwirken, andererseits will er die Streitigkeiten, die im Schooße des mit dem Synagogenbau beauftragten Komites entstanden sind, schlichten. In diesem Komite stehen sich nämlich Reichthum und Intelligenz hart gegenüber und letztere ist leider in der Minorität. — Unsere Ministerien werden sich alle bei der feierlichen Eröffnung des Suezkanals durch Deputirte vertreten lassen. Es sind große Summen ausgesetzt worden, um die Repräsentation zu einer möglichst glänzenden zu machen. — Der Kaiser hat den Sohn und die Gesandschaft des Emirs der Bucharei empfangen und dabei den Wunsch ausgesprochen, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und der Bucharei, in denen ohne Verschulden Rußlands eine Unterbrechung eingetreten, sich wieder befestigen und entwickeln möchten, er sehe darin, daß der Emir seinen Sohn gesendet habe, einen Beweis für die Aufrichtigkeit seiner Versicherungen.

□ **Warschau,** 2. Nov. Die Ideen, eine oder die andere der Fakultäten von der Hochschule zu trennen und in andere Städte zu verlegen, wo dann eine Art Lyceum entstehen würde, ist neuerdings wieder zur Sprache gekommen und ist also noch gar nicht aufgegeben, wie man allgemein glaubte. Daß das Projekt, welches besonders im Kriegsminister einen starken Verfechter fand, weil er in politischer Hinsicht die Konzentration der Jugend aus dem intelligentern Theile der polnischen Bevölkerung nicht für rathsam hielt, noch nicht zur Ausführung gekommen, daran ist allein der Kostenpunkt schuld, der um so mehr ins Gewicht fiel, als in den Punkten, welche man für Einrichtung eines Liceums für geeignet hielt, die nöthigen Gebäude fehlten und auf Staatskosten hätten aufgeführt werden müssen, was abgesehen von den Unterhaltungskosten, große Summen erfordert hätte. Diese Summen wären leicht zu beschaffen gewesen und man hätte für Schulzwecke viel verwenden können, wenn man von den kostspieligen und im Ganzen doch zwecklosen Erweiterungen der hiesigen Festungswerke hätte Abstand nehmen wollen. — Einem Gerüchte zufolge soll ein Theil der in Polen stehenden Garden nach Petersburg abgehen und dafür sollen Linientruppen aus Rußland nach Polen kommen. Von der Gardekavalerie steht nur ein Garde-Ulanen- und ein Gardehusaren-Regiment hier. — Nach einer Verfügung der Oberpolizeibehörde wird das Straßenreinigungswesen einer Reform unterworfen und die Straßenpolizei strenger gehandhabt werden, als bisher. Die Fegung der Straßen und Plätze wird künftig viermal wöchentlich geschehen müssen und wird jede Säumigkeit von dem zur Räumung Verpflichteten zum ersten Male mit 1 Rubel und jedes folgende Mal mit verdreifachter Strafe geahndet. Die Polizeistrafen fließen in die städtische Armenkasse, theilweise sollen sie zur Verschönerung der Stadt verwendet werden.

△ **Warschau,** 6. Nov. Dem „Dniewn. Warsz." entnehme ich folgende Notizen zur Frequenz der hiesigen Universität: Im Jahre 1867/68 betrug die Zahl der Studirenden an der Hochschule 1100, im Jahre 1868/69 nur 900. Im laufenden Jahre 1869/70 haben sich zur Immatrikulation in die neubegründete Universität gemeldet 272, die das Maturitätsexamen noch ablegen wollten und 103 sog. „Wilde." Von diesen sind 298 angenommen worden, welche in dem alten Bestand zusammen 1030 ausmachen. Auf die einzelnen Fakultäten vertheilen sie sich folgendermaßen: in der histor.-philolog. studiren 60, in der physisch-mathematischen 246, in der juristischen 406, in der medizinischen 324. — Am 8. Dez. wird — wie der „Ruf. Inw" mittheilt — das 100jährige Jubiläum der Stiftung des Ordens des heil. Georg stattfinden, zu welchem alle in Rußland sich aufhaltenden Ritter dieses Ordens nach Petersburg eingeladen werden. — Die Kaiserin, welche in den ersten Tagen des November wieder in Petersburg eintreffen soll, kann wegen des Brückenbrandes auf der Nikolaibahn nicht die kürzeste Tour nehmen, sondern muß mit Umgehung von Moskau über Orel, Witebsk und Dünaburg reisen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Bukarest, 5. Nov. Die Kammern sind zur ordentlichen Session auf den 27. d. M. einberufen. Der Fürst wird mit seiner Gemahlin noch vor der Eröffnung der Kammern hier erwartet.

Vom Landtage.

Berlin, 4. Novbr. **14. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.**

(Schluß.)

Abg. Miquel: Wenn uns der Vorredner als Beleg für die Gefahr, daß wir gesetzlich feststehende Ausgaben verweigern könnten, die Absetzung der Stelle eines Gensdarmerie-Brigadiers ins Gedächtniß zurückruft, so thäte er besser, den Balken in seinem eigenen Auge zu sehen und sich daran zu erinnern, daß die rechte Seite dieses Hauses die gewiß gesetzlich feststehenden Ausgaben für die viel wichtigere Einrichtung der hannoverschen Aemter gestrichen hat. Die Behauptung, daß das Haus im Jahre 1865, wenn es das volle Steuerbewilligungsrecht gehabt hätte, die Einnahmen gewiß verweigert haben würde, ist eine bloße Annahme; wir haben hier nur mit Thatsachen zu rechnen. Man hat überhaupt so vielerlei in die Debatte hineingezogen, daß es gar nicht möglich ist, auf Alles einzugehen und ich danke dem Herrn Finanzminister, daß er es rund abgeschlagen hat, sich auf vorzeitige Erklärungen auf die verschiedenen an ihn gerichteten Interpellationen einzulassen. Dadurch, daß er, wenn er zu einer Frage Stellung genommen hat, sich klar und bestimmt darüber ausspricht und ohne Schwankungen dabei stehen bleibt, alle vorzeitigen Aeußerungen aber ablehnt, wird er am besten das Vertrauen des Hauses sich sichern; die Nichtbefolgung dieses Grundsatzes war bei seinem Vorgänger die Ursache, daß das Haus den Glauben an die Zuverlässigkeit seiner Erklärungen verloren hatte. Die Befürchtungen und Bedenken gegen das vorgelegte Finanzprojekt theile ich nicht. Die Besorgniß, daß mit Wegfall der Tilgungspflicht die Staatsgüter allmälig veräußert werden könnten, ohne daß eine Reduktion der Passiva einträte, widerlegt sich dadurch, daß die aus dem Verkaufe von Domänen fließenden Erträge gesetzlich zur Schuldentilgung verwendet werden müssen und daß der Verkauf des größten Theiles unserer Eisenbahnen an die Zustimmung der Landesvertretung gebunden ist. Die Ansicht, daß man die Schulden ins Unendliche vermehren würde, ohne an eine Amortisation zu denken, widerspricht der Erfahrung, daß wir gerade unter den jetzigen Verhältnissen während einer Zeit, in der 91 Millionen getilgt worden sind, beinahe 200 Millionen neue Schulden kontrahirt haben, während andrerseits England seit Aufhebung der Amortisationspflicht die frühere Schuldenmasse jährlich wesentlich verändert. Die gleiche Erfahrung liegt in Frankreich vor, wo keine Partei daran denkt, die Rente abzuschaffen und die Amortisation wieder einzuführen. Das letztere geschah einmal unter ganz besonderen Parteiverhältnissen im Jahre 1816, seit 1848 ist die Amortisationspflicht thatsächlich wieder aufgegeben. Auch in Belgien wird die Frage eifrig ventilirt, und in der That liegt in finanzieller Beziehung gegen das Projekt der Unifikation und der Rentifizirung der Schuld nicht das geringste Bedenken vor. Aber auch die politischen Einwürfe halte ich nicht für zutreffend. Der Abg. Richter befürchtet, daß die durch eine Steigerung der Einnahmen herbeigeführten Ueberschüsse statt zur Schuldentilgung für den Militäretat verwendet werden könnten. Ich verkenne diese Gefahr nicht, die ich für eine sehr bedenkliche halten würde, wenn ich voraussetzte, daß wir überhaupt Ueberschüsse zu erwarten haben. Es scheint mir aber sehr unwahrscheinlich, denn wenn ich auch eine Steigerung der Einnahmen erwarte, so werden sich doch die Ausgaben in noch viel höherem Maße vermehren und müssen sich vermehren, wenn wir den zahlreichen, täglich dringender werdenden Anforderungen in fast allen Verwaltungszweigen gerecht werden wollen. Das Bedenken, die finanzielle Lage des Staates werde bei Aufhebung der Tilgungspflicht dadurch gefährdet werden, daß die Aktiva dieselben bleiben, während die Passiva sich stets vermehren, beruht auf einer unrichtigen, gewissermaßen privatrechtlichen Anschauung. Der Staat befindet sich bezüglich seiner Finanzlage in einer wesentlich anderen Stellung als ein Privatmann. Ein Verlust der Aktiva und eine Zunahme der Passiva kann sehr wohl mit einer Verbesserung der gesammten Finanzlage des Staates Hand in Hand gehen, wenn dadurch das Privatvermögen und somit die Steuerkraft der einzelnen Bürger gesteigert wird. Die Aktiva selbst aber nehmen ebenfalls von Jahr zu Jahr zu. Der preußische Staat besitzt sein Vermögen vorzugsweise in liegenden Gründen, die im Verhältniß zum Silber fortwährend im Werthe steigen und zwar um so mehr, wenn wie bisher jährlich bedeutende Summen für Meliorationen aus den laufenden Einnahmen aufgewendet werden. Dadurch, daß man jährlich einen Theil der Schulden amortisirt, und zu dem Zweck fortwährend neue Anleihen aufnehmen muß, verschwendet man dagegen Geld, das weder dem Einzelnen noch der Gesammtheit zu Gute kommt. Freilich ist das Projekt des Herrn Finanzministers in seinem bisherigen Umfange nur ein kleiner Anfang und ich bin überzeugt, daß die Finanzverwaltung durch die Verhältnisse allmälig dahin gedrängt werden wird, auf dem eingeschlagenen Wege der Unifikation unserer Schuld weiter zu gehen, aber gerade die Beschränkung auf die 4- und 4½prozentigen Obligationen ist mir für jetzt von hohem Werth. Wir werden dadurch Gelegenheit haben, Erfahrungen zu machen, und sollten sich die vom Abg. Richter ausgesprochenen Befürchtungen wirklich bewahrheiten, so sind wir später, wenn die Regierung mit ähnlichen Vorschlägen an uns herantritt, im Stande, unsere Zustimmung von den Bedingungen, die wir für nöthig halten, abhängig zu machen. Eine Quotisirung der direkten Steuern halte auch ich schon jetzt für geboten, da wir andernfalls uns in der Lage befinden, selbst von uns als zweckmäßig anerkannte Finanzmaßregeln im Interesse der Wahrung unserer Rechte ablehnen zu müssen. Die Regierung selbst hat nicht den geringsten Grund, dieser Forderung Widerstand entgegenzusetzen, denn sie wird von uns viel leichter Geld bewilligt erhalten, wenn wir die Anspannung der Steuerkraft nach den jedesmaligen Bedürfnissen zu regeln im Stande sind, und ich hoffe deshalb, der Herr Finanzminister werde zu seinen Anschauungen aus dem Jahre 1849 zurückkehren. Wenn der Abg. Virchow die Verlegenheiten unserer Finanzverhältnisse dem Norddeutschen Bunde zur Last legt, so befindet er sich in einem Irrthum. Die Mehrausgaben für Waldeck und Hohenzollern fallen nicht ins Gewicht und kommen uns schließlich doch selbst zu Gute. Die Klage, daß das Telegraphenwesen Staatsmittel in Anspruch nehme, ohne Einnahmen zu liefern, steht mit der sonstigen Anschauung der Linken im Widerspruch, welche verbieten, aus den Verkehrsmitteln des Staates Einnahmequellen zu machen. Daß der preußische Staat eine Zahl von Militärgebäuden an den Nordbund abgegeben, ist richtig, andererseits aber haben die kleineren Staaten dasselbe gethan, und dann kostet die Erhaltung jener Gebäude mehr Geld, als sie einbringen. Durch den Nordbund sind unsere Lasten nicht gesteigert, sondern vermindert worden, denn die Kosten für die Sicherheit des Staates, die Preußen früher allein zu tragen hatte, sind jetzt auf den ganzen Bund vertheilt. Freilich haben wir auch neue Ausgaben übernommen, z. B. für die Marine, diese aber waren längst als nothwendig und durch die Ehre der deutschen Nation geboten allgemein anerkannt. Wenn es auch zu beklagen ist, daß Süddeutschland an diesen Kosten nicht partizipirt, so würde die Last doch noch mehr auf uns drücken, wenn wir sie allein zu tragen hätten.

Demnächst werden der Antrag Virchows (aus den bekannten Erwägungsgründen die Regierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Ausgaben der Militär-Verwaltung des Norddeutschen Bundes entsprechend beschränkt und durch diplomatische Verhandlungen eine allgemeine Abrüstung herbeigeführt werde) zugleich die von Lasker eingebrachte Tagesordnung über diesen Antrag und endlich folgender von Windthorst (Meppen) mit Reichensperger, v. Mallinckrodt, Krebs und Gen. heute eingebrachter Antrag zur Diskussion gestellt:

Das Haus wolle beschließen: in Erwägung, daß eine Ermäßigung der Ausgaben des Norddeutschen Bundes durchaus nöthig ist, um ohne steigende Belastung des Volkes eine dauernde Ordnung des preußischen Staatshaushalts herbeizuführen und die Mittel für jene wichtigen Zwecke zu gewinnen, welche nach dem Zugeständnisse der kl. Staatsregierung selbst seit Jahren zurückgestellt sind, — in fernerer Erwägung, daß die Höhe der Ausgaben des Norddeutschen Bundes wesentlich durch den Militär-Etat bestimmt wird, — die Regierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Ausgaben der Militär-Verwaltung des Norddeutschen Bundes entsprechend beschränkt werden.

Abg. Dr. Virchow: Dem letzten der Herren Vorredner muß ich erwidern, daß ich nicht dagegen polemisirt habe, daß Preußen überhaupt an den norddeutschen Bund Beiträge zahlt, sondern daß Preußen mehr zahlt, als alle andern, daß die Belastung der einzelnen Staaten keine gleichmäßige ist. Den Erwägungen gegenüber, welche Herr Lasker seinem Antrage vorgesetzt hat, bemerke ich, daß die Regierung zwar das Recht hat, an dem in der Norddeutschen Verfassung stipulirten Militäretat festzuhalten, keineswegs aber auch die Pflicht, die dort festgesetzten Summen auszugeben, und daß wir deshalb, ihr Entgegenkommen vorausgesetzt, immerhin auf diese Materien eingehen können. Ich bin in Betreff des Militäretats auch nicht für das Jahr 1872 durch den Art. 62 der norddeutschen Bundesverfassung beruhigt, da er auch nach dem 31. Dez. 1871 die Heranziehung von 1 Prozent der Bevölkerung und die Ausgabe von 225 Thlr. pro Kopf im Voraus festgesetzt, welche Bestimmung für mich einer der Gründe war, gegen die Bundesverfassung zu stimmen. Der Artikel läßt die Interpretation der national-liberalen Seite zu, aber die bloße Verweisung auf dieselbe bietet mir nicht genügende Sicherheit. Deshalb halte ich es für unsere Pflicht, so lange wir unsere Stimme noch erheben können, dahin zu wirken, daß in dem Militäretat des Bundes für 1872 eine Ermäßigung der Ausgaben herbeigeführt wird. Wir erstreben diese Ermäßigung nicht blos für 1872, wir wollen sie schon früher haben. Da fragt es sich, ist der günstige Zeitpunkt dazu vorhanden. Prüft man die gegenwärtige politische Situation, so muß man erkennen, daß zu keiner Zeit die einzelnen Staaten so wenig Grund hatten, in solcher Kriegsrüstung einander gegenüberzustehen, als gerade jetzt. Denn alle sind jetzt aufs Ernsteste mit ihrem inneren Ausbau beschäftigt und die Zeit, wo Versuche in Frankreich und Oesterreich gemacht wurden, durch die Presse die Augen des Volkes nach Auswärts zu lenken, um der Regierung als Vorwand zum Beginn eines äußeren Krieges zu dienen, ist vorüber. Sollten wir dahin kommen, eine Erleichterung in den Finanzen durch die Militärlast zu erziehen, dann zweifle ich nicht an der Nachfolge der übrigen Staaten. Denn der finanzielle Druck wird in Oesterreich, Italien und Frankreich noch viel drückender empfunden als bei uns. Wenn wir daher selbstständig mit der Abrüstung vorgehen, wenn dann, wenn auch nicht auf einem europäischen Kongreß, sondern unter den einzelnen Regierungen diplomatische Verhandlungen beginnen, dann wird die Abrüstung in großem Maßstabe erfolgen. (Beifall.)

Ein Vertagungsantrag, eingebracht von Windthorst (Lüdinghausen) wird um 3 Uhr abgelehnt.

Abg. Lasker: Der Abg. Virchow hat seine Rede mit einer finanziellen Abrechnung auf den Norddeutschen Bund begonnen. Wozu das? Die Kosten und das, was von der Nation erreicht wird, sind nicht gleichartige Dinge, und die Liste mag noch so lang sein, wenn nur die Ehre der deutschen Nation und die Aussicht zur völligen Einigung gefördert wird! Wir haben einen Gegenantrag zu dem Virchow'schen Antrage gestellt, weil wir uns durch unser Gewissen verbunden fühlten, bei unserem bisherigen Verhalten zu verharren. Bei der Kontingentirung der Militärausgaben waltete in erster Linie der Grund ob, den Bund sicher zu stellen und die Reden über die Höhe des Militäretats für einige Jahre aus den parlamentarischen Verhandlungen zu verdrängen, weil der Reichstag vorläufig andere Aufgaben hat. Unser Wortführer, Hr. v. Forckenbeck, hat das damals ausdrücklich ausgesprochen. Die segensreichen Folgen davon empfinden wir auch schon jetzt. Wir haben wirthschaftliche Entlastungen, Entfaltung des freiheitlichen Verkehrs durch den Bund gewonnen, die wir in Preußen nicht erlangt hätten. Bis jetzt hat also der Bund gehalten, was er versprochen hat. Wir glauben deshalb an unserm damaligen Votum um so mehr festhalten zu müssen, als Treue gehalten werden muß selbst da, wo nicht mehr dasselbe geleistet werden kann, was möglich war, wo das Versprechen gegeben wurde. Wir wollen nicht förmlich die Höhe des Militäretats angreifen, sondern die ganze Frage intakt erhalten, bis der Etat für 1872 im Reichstage berathen wird; daß wir dann auf eine Verminderung des Militäretats hinwirken werden, hat unsere ganze Politik gezeigt, und um das zu deklariren, stimmen wir nicht einfach gegen den Virchowschen Antrag, sondern haben den unsrigen gestellt. Wir wollen kein Präjudiz schaffen, damit hernach, wenn die Verminderung im Reichstage selbst angestrebt wird, nicht die Kassen gefüllt sind und gesagt wird, es seien Mittel genug für den Militäretat vorhanden, eine Verminderung sei nicht nöthig. Zu einem solchen Vorgreifen dem Reichstage gegenüber sehe ich keine Veranlassung. Ist derselbe bis jetzt nicht sparsam mit den Mitteln des Volkes umgegangen? Die letzte Bestimmung des Virchowschen Antrages halte ich geradezu für unannehmbar, denn sie birgt nicht die Befestigung des Friedens in ihrem Schooße, sondern die Störung desselben. (Oho! links) Die großen Kulturfragen können mit den veralteten Mitteln der Diplomatie nicht gelöst werden, sondern nur durch die fortschreitende Kultur und dadurch, daß die Objekte des Krieges fortfallen. Eine systematische Entwaffnung ist erst dann gesichert, wenn Deutschland die imponirende Stellung hat, daß alle umliegenden Mächte wissen, hier liegt kein Kriegsstoff mehr vor. Diplomatische Verhandlungen werden gerade Reibungen herbeiführen, denn die erste Frage würde immer die sein: Was ist Eure Politik für die Zukunft, und eine solche Frage an Preußen gerichtet, würde der Beginn von kriegerischen Verwickelungen sein. Vertrauen würde ich nur haben, wenn die Abrüstung in ernsten Verträgen festgestellt würde. Das ist die Frage des Kongresses, auf welche der Antrag mit dem Vorschlage Napoleons III. auf eins hinausläuft. Dieser Vorschlag ist, gewiß aus der Ueberzeugung heraus, die ich angegeben habe, von England, dem friedliebendsten Volke, deshalb zurückgewiesen, um kriegerischen Verwickelungen auszubeugen. Vor einiger Zeit war von dem Eintritt Badens in den Bund die Rede. Ich weiß, an dem Tage, wo wir es dazu auffordern, würden daselbst alle Patrioten unsere Aufforderung annehmen; aber ich will keine diplomatischen Verhandlungen, denn die Regierungen wechseln und nur das Interesse der Nation ist beständig und ewig. Sie sehen, daß wir nationale Aufgaben haben, die wir nicht mit Blankovollmacht in die Hände der Diplomatie legen wollen. Wir sind mit Ihnen der Ueberzeugung, daß, sobald die verfassungsmäßige Befugniß uns zurückgegeben sein wird, wir eine Verminderung der Militärlast herbeiführen und die Wünsche des Volkes zur Geltung bringen müssen. Aber einen Beschluß zu fassen, der einer augenblicklichen Strömung Rechnung trägt und deshalb unser gegebenes Wort zu brechen (Oho, links) — ich spreche nur von denen, die im Sinne v. Forckenbecks sich verpflichtet haben, bis 1872 an dem Militäretat nicht zu rütteln und dadurch auch nur dem Scheine des Wortbruches uns auszusetzen, halte ich weder für politisch, noch mit unserm Gewissen vereinbar.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen die Fortschrittspartei angenommen. Die Diskussion wird geschlossen, Laskers motivirte Tagesordnung gegen eine sehr starke Minorität (der Nationalliberalen, Freikonservativen und Altliberalen), desgleichen Virchows Antrag in namentlicher Abstimmung mit 99 gegen 215 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmt die Fortschrittspartei mit den Polen, Elissen und einzelnen Unterzeichnern des Windthorstschen Antrages, wie Reichensperger; Windthorst selbst stimmt mit Nein. Johann Jacoby fehlt bei der Abstimmung. Endlich wird auch der Antrag Windthorst abgelehnt, für den die Fortschrittspartei stimmt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend. (Budget.)

---

15. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 6. November. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministertisch-

der Finanzminister mit mehreren Kommissarien. — Die Kommission für den Löwe-Ebertyschen Gesetzentwurf, betreffend die Zivilehe, hat sich konstituirt: Simon v. Zastrow (Vors.), Janssen (Stellv.), Ebner und Wachsner (Schriftf.), Referent v. Sybel. — Der vom Finanzminister vorgelegte Rechenschaftsbericht über die Ausführung des Gesetzes vom 5. Februar 1869 wegen Fortdauer des im Jahre 1867 zur Deckung des außerordentlichen Geldbedarfs der Militär- und Marineverwaltung bewilligten Kredits im Restbetrage von 5 Millionen wird an die Budgetkommission verwiesen — Das Haus tritt in die Spezialdiskussion des Staatshaushaltsetats für 1870 ein und genehmigt zunächst ohne Debatte den Zuschuß zur Rente des Kronfideikommißfonds von $1\frac{1}{2}$ Millionen.

Zum Etat der Staatsschulden-Verwaltung (26,648,000 Thlr., darunter 17,428,133 Thlr. für Verzinsung, 8,666,141 Thlr. für Tilgung nach der ursprünglichen Aufstellung des Etats) verlangt das Wort Abg. Richter (Königsberg): Die Eisenbahnanleihe von 1867D. im Betrage von 24 Mill. war bis zum April 1868 vollständig realisirt, gleichwohl sind im J. 1868 nur $8\frac{1}{4}$ Mill. verbraucht und befinden sich gegenwärtig noch $10\frac{1}{2}$ Mill. baar in der Staatskasse; die Hälfte der Anleihe ist also 16 bis 18 Monate zu früh realisirt, woraus für die Staatskasse ein Zinsverlust von 8—900,000 Thlr. erwachsen ist. Dagegen ist die Eisenbahnanleihe von 1868 B. im Betrage von 49,450,000 Thlr. zu spät aufgenommen. Warum hat man nicht die Mittel der ersteren Anleihe für die Zwecke der letzteren benutzt? Die dazu nöthige Zustimmung des Landtages war ja leicht einzuholen. Der tiefere Grund für diese Verhältnisse liegt darin, daß die Einnahmen und Ausgaben aus Anleihen entgegen dem Art. 99 unserer Verfassung nicht auf den Etat gebracht werden, wie es im Bundeshaushalt geschieht. Geschähe das, so müßte die Regierung sich klar werden, wie viel sie von jeder Anleihe in jedem Jahre bedarf und wir könnten auf den Zeitpunkt ihrer Aufnahme einwirken. Von jenen beiden Anleihen hat die Regierung noch 15 Millionen baar in der Generalstaatskasse, der Regierungshauptkasse und in den Spezialkassen. Sie dienen also gewissermaßen dazu, den Betriebsfonds der Generalstaatskasse abzulösen und das Defizit vorschußweise zu decken. Auffallend ist es, daß die im Mai d. J. aufgestellte Denkschrift unter den Betriebsmitteln der Generalstaatskasse die Bestände aus diesen Eisenbahnanleihen nicht erwähnt. Allerdings würde eine solche Erwähnung die Behauptung jener Denkschrift, daß, wenn nicht 8 bis 9 neue Steuern bewilligt würden, die Regierung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen könne, noch unglaublicher gemacht haben Ferner sind die für 1869 ausgegebenen Schatzanweisungen ohne vorhergehenden königlichen Erlaß und ohne die übliche Bekanntmachung des Finanzministers im „Staatsanzeiger" emittirt. Auf meine Anfrage wegen dieses von unsern Traditionen und von den im Bunde beobachteten Verfahren abweichenden Vorgehens erklärte der Regierungs-Kommissar, im Etat für 1869 stehe, die Regierung sei ermächtigt zur Ausgabe von Schatzanweisungen nach Anordnung des Finanzministers. Diese Worte stehen in den früheren Etatsgesetzen nicht und man darf ihnen nicht die Tragweite beimessen, die ihnen der Finanzminister beilegt. Ich finde in ihnen keine Entbindung der Regierung von den Formen, die für Inhaberpapiere beobachtet werden müssen, denn nach dem Gesetz vom 17. Juni 1833 dürfen diese Ausgaben nur auf Grund eines landesherrlichen Privilegiums erfolgen und wer diesem Gebot zuwiderhandelt, verfällt nach § 5 dieses Gesetzes einer Geldstrafe im Betrage von $\frac{1}{5}$ der angegebenen Summe. Obgleich nun bei mir rechtlich die Ueberzeugung feststeht, daß der frühere Finanzminister hiernach eine Geldbuße von $2\frac{1}{2}$ Millionen Thaler verwirkt hat, so würde ich doch bedauern, wenn er in diesem Falle in Ungelegenheiten käme (Heiterkeit), denn es leuchtet ein, daß ihm hier mehr Entschuldigungsgründe zur Seite stehen, als bei vielen anderen Handlungen aus seinem bewegten Amtsleben, die nach unseren Verhältnissen nicht zum Gegenstande der Berathung gemacht werden können. — Unter „Verwaltungskosten" sind für Wiesbaden und Hannover neue Stellen bei den Provinzialbehörden aufgeführt, welche erforderlich sein sollen, zur Besorgung der durch die aus den neuen Landestheilen übernommenen Schulden vermehrten Geschäfte der Schuldenverwaltung, die von der Hauptschuldenverwaltung den Regierungen übertragen ist, während die Oberleitung und Verantwortung bei der Hauptschuldenverwaltung bleibt. Ueber die Zweckmäßigkeit solcher Arbeitstheilung kann man zweifelhaft sein, nicht aber darüber, daß es gesetzlich unzulässig ist, im Wege des Reskriptes eine solche Veränderung in den Ressortverhältnissen vorzunehmen. Die Kabinetsordre aus dem Jahre 1823 bestimmt, daß die Regierungen Aufträge der Staatsschuldenverwaltung auszuführen haben, daraus ist aber keineswegs die Ueberwälzung jener Funktionen auf die Regierungen herzuleiten. Dadurch würde der schon reichlich genug vorhandene Präfekturcharakter der Regierungspräsidenten noch weiter ausgedehnt werden. Im vorigen Jahre wurden sodann von der Staatsschuldenverwaltung 300 Thlr. zur Besoldung eines dritten Mitgliedes dieser Verwaltung verlangt. Das Haus lehnte den Antrag ab, weil es diese Stelle als unbesoldetes Ehrenamt erhalten wollte. Was geschieht? Die Regierung nimmt von den 1700 Thlr., die der Bund als Pauschquantum für die Mitverwaltung der Bundesmarineschulden an Preußen zahlt, 300 Thlr. als Besoldung für die betreffende Stelle. (Hört! links.) Ein solches Becher- und Würfelspiel mit dem Geldbewilligungsrecht der Volksvertretung zwischen Reichstag und Landtag paßt sich am wenigsten für eine Behörde, wie die Staatsschuldenkommission. (Beifall links.)

Reg.-Komm. Meinecke: Zur Emanation von Schatzanweisungen bedarf es einer besonderen Ermächtigung nicht. Das Gesetz von 1833 bezieht sich nicht auf die Emanation von Staatsschuldscheinen, die der Staat selbst ausgiebt, sondern nur auf die Ausgabe von Papieren seitens Privater, Kommunen und Korporationen. Da will der Staat die Sicherheit prüfen und dem Publikum durch die Bekanntmachung die Beruhigung geben, daß es sich dabei betheiligen darf. Die Uebertragung der Geschäfte auf die Provinzialbehörden ist eine ebenso alte Einrichtung wie die Staatsschuldenverwaltung selbst und nicht erst eingeführt bei der Uebernahme der Schulden aus den neuen Landestheilen. Schon die durch die Verträge von 1813 und 1814 mit den damals annektirten Ländern auf Preußen übergegangenen Schulden wurden in dieser Weise verwaltet ist und dieses Verfahren nur eingestellt worden, je nachdem diese Provinzialschulden zur Ablösung gelangten; es besteht noch für die Schulden der Provinz Sachsen und wird ausgeführt von der Regierung in Merseburg. Zufolge der Kabinetsordre von 1823 haben von jeher die Provinzialbehörden gewisse Funktionen der Hauptschuldenverwaltung versehen, was um so weniger Bedenken erregen kann, als die letztere die volle Verantwortung für die Handlungen der Provinzialbehörden trägt. Die Zweckmäßigkeit dieses Verfahrens wird Niemand in Abrede stellen. Als ich die Remuneration für die dritte Stelle bei der Staatsschuldenverwaltung hier beantragte, war das betreffende Mitglied von Sr. Maj. bereits ernannt, mit der Zusicherung einer Remuneration aus der Staatskasse, weil die Regierung die Ueberzeugung hegt, daß eine solche Stelle nur von einem mit solchen Geschäften vertrauten Beamten so ausgefüllt werden kann, wie es nöthig ist. Das Haus trat dieser Ueberzeugung nicht bei. Die Ernennung verschwieg ich damals, um mich nicht dem Vorwurfe auszusetzen, als wollte ich eine Pression auf den Entschluß dieses Hauses ausüben. Unter diesen Umständen erklärte sich das Bundeskanzleramt bereit, dem betreffenden Beamten die Remuneration zu bewilligen. Die 300 Thlr. fließen also nicht aus preußischen Kassen, sondern aus Bundesmitteln und ist demnach dem damaligen Votum dieses Hauses nicht zu nahe getreten.

Abg. v. Unruh: Der Vorwurf des Abg. Richter wegen der zu frühen Ausgabe der einen, und der zu späten Ausgabe der anderen Anleihe ist unbegründet. Man hat bei derartigen Emissionen zwei Wege; entweder überläßt man die ganze Anleihe einem Konsortium zu einem festen Kurs, oder man giebt sie nach Bedarf an der Börse aus. Letzterer Weg wurde hier eingeschlagen. Nun wartet aber die Börse nicht stets mit offenem Munde auf die Papiere, die ihr entgegengehalten werden; die Konjunkturen wechseln und wenn der Finanzminister hierin einmal irrt, so kann das Haus daraus keinen Vorwurf gegen ihn ableiten. Die späte Ausgabe der Anleihe kann eben so gut einen Verlust wie eine Ersparniß zur Folge haben und dasselbe ist von der früheren Ausgabe zu sagen. Ich glaube nicht, daß das Haus in der Lage ist, über diesen Punkt mitzusprechen. Schon die Debatten über diesen Punkt können einen bestimmten Einfluß auf die Börse ausüben, und zwar nicht zu Gunsten der Anleihen. Ich wünschte übrigens auch bei der Staatsschuldenverwaltung die kaufmännische Buchführung eingeführt zu sehen. — Die Erklärung des Hrn. Kommissars hinsichtlich der Gehaltsbewilligung von 300 Thlr. an das Mitglied der Verwaltung der Staatsschulden ist unbefriedigend. Dem Minister mußte bekannt sein, daß er die Anstellung eines besoldeten Mitgliedes bei Sr. Majestät nicht beantragen durfte, daß er vielmehr dazu der Genehmigung des Landtages bedurfte. Der Umweg durch den Norddeutschen Bund halte ich nicht für angemessen.

Reg.-Kommissär Meinecke: Die Ernennung der Mitglieder durch Se. Majestät erfolgte ausdrücklich ohne Zusicherung einer Remuneration, und erst nachträglich ist eine solche Seitens des Bundes gewährt worden.

Abg. v. Hoverbeck: Erfolgte die Ernennung ohne Zusicherung einer Remuneration, dann war auch von Seiten des Staates keine Pflicht vorhanden, dieselbe zu gewahren, und ich muß um so mehr bedauern, daß der Bund dazu benutzt worden ist, etwas auszuführen, was nach dem Willen des Landtages nicht ausgeführt werden sollte.

Reg.-Komm. Meinecke: Eine Verpflichtung Seitens des Staates lag allerdings nicht vor. Die Herren schienen aber in der vorigen Session davon auszugehen, daß ein unbesoldetes Mitglied aus denjenigen Kreisen erwählt werden solle, die nicht den Behörden angehören, daß aber, wenn ein Mitglied einer Behörde ernannt wurde, diesem allerdings eine Remuneration gewährt werden müsse.

Abg. Grumbrecht: Formell mag die Sache in Ordnung sein, aber daß sie nicht schön ist (Heiterkeit), daß sie der Landesvertretung gegenüber nicht in der Ordnung war, ist auch klar. Solche kleine Mittelchen sind politisch nicht zu rechtfertigen.

Abg. v. Hennig: Der König kann ernennen wen er will, wir aber sind berechtigt zu verlangen, daß das Mitglied unbesoldet sei und mit Uebernahme des Amtes hat dies Mitglied daher auch die Verpflichtung übernommen, dasselbe unbesoldet zu verwalten. Das ist umgangen durch den Norddeutschen Bund, das bedauere ich.

In der Spezialdiskussion beantragt Abg. Richter die Absetzung von 2,600,190 Thlr. $8\frac{3}{4}$ Sgr. von den zur Verzinsung und Tilgung von 13 verschiedenen Staatsanleihen ausgesetzten Beträgen, welche im Jahre 1871, also erst nach Ablauf des Etatsjahres 1870 fällig werden, und zwar empfiehlt er die Verweisung seines Antrages an die Budgetkommission. Er führt aus: Der Antrag ist ein rein formeller und hat keine politische Spitze. Formell empfiehlt er sich aber, weil es besser ist, die Ausgaben auf den Etat desjenigen Jahres zu bringen, in welchem sie fällig werden, sonst dürften auch die Einnahmen der Bank und der Seehandlung nicht auf den Etat des Jahres gesetzt werden, in welchem sie verdient werden. Der Einwand, daß das Geld schon am 31. Dez. 1870 vorhanden sein muß, trifft nicht zu Denn zur Ausgleichung der Fälligkeitstermine zwischen Einnahmen und Ausgaben dient eben der Betriebsfond der Generalstaatskasse. Allerdings würde die Absetzung dieser Summe die Regierung berechtigen, eine Verstärkung dieses Betriebsfonds zu beanspruchen; aber wir wollen eben die Regierung bestimmen, diese Frage des Betriebsfonds endlich zum Gegenstande einer gesetzlichen Regulirung zu machen, und sie wird dazu vermuthlich um so eher geneigt sein, als ja, wenn die Nachrichten öffentlicher Blätter über die Aufhebung der Restverwaltung auf Wahrheit beruhen, sie schon aus diesem Grunde einer Verstärkung des Betriebsfonds bedarf. Wir müssen uns darüber klar werden, ob es zweckmäßig ist, daß die Regierung 25 Millionen außer den Einnahmen des laufenden Jahres braucht, um die Staatskassen in Betrieb zu erhalten, ein Bedürfniß, welches sich namentlich daher schreibt, daß unsere Kassenverwaltung nicht mit der Zeit fortgeschritten ist, daß wir namentlich noch viel zu viel Spezialkassen haben. — Die Wirkung meines Antrages wird die sein, daß die $2\frac{1}{2}$ Mill. von dem einen Jahr in das andere verschoben werden, und daß dies Mehr erst für das Jahr zur Geltung kommt, in welchem die betreffenden Anleihen zuletzt im Etat erscheinen. Das wird für die Anleihen, die vor 1856 abgeschlossen sind, die Zeit von 1890 bis 1900 sein. Mein Antrag steht also auch in einer formellen Beziehung zum Defizit, und ich halte es schon allein aus diesem Grunde für angebracht, ihn an die Budgetkommission zu verweisen.

Reg.-Komm. Meinecke: Die gegenwärtige Praxis schreibt sich aus den 50er Jahren her, wo sie in Uebereinstimmung der Landesvertretung festgestellt wurde. Diejenigen Beträge also, die am 2. Januar des folgenden Jahres gezahlt werden sollen, finden Sie deshalb immer schon in dem Etat des vorigen Jahres. Hiervon abzuweichen ist kein genügender Grund vorhanden. Die Staatsgläubiger sind gewohnt, schon im Dezember Zins- und Amortisationsbeträge in Empfang nehmen zu können Die Bankeinnahmen des Jahres 1870 erscheinen in der That bereits in dem Etat des Jahres 1870, und ebenso ist es mit den Einnahmen der Seehandlung. Die Frage des Betriebsfonds wird besser bei einer andern Gelegenheit diskutirt.

Abg. Glaser spricht gegen, v. Hoverbeck für den Richterschen Antrag.

Der Finanzminister: Der Antrag des Abg. Richter geht allerdings nur auf eine formelle Aenderung, die jedoch unbedingt eine formelle Verschlechterung sein würde, weil durch denselben Ausgaben, die dem Jahre 1870 angehören, in das Jahr 1871 verwiesen würden. Hätte man das dringende Bedürfniß, in dieser Beziehung eine korrekte Uebereinstimmung zwischen den verschiedenen Arten von Anleihen herbeizuführen, so würde der Antrag eigentlich dahin gehen müssen, für diejenigen Schulden, bei denen die Zinsen dem folgenden Jahre überwiesen worden, dieselben dem gegenwärtigen Jahre zu übertragen. Es würde das Schwierigkeiten für die Verwaltung bringen, die in der That nicht der Mühe lohnen. Das Haus wird daher wohlthun, bei dem alten Verfahren, das mit Zustimmung des Hauses festgestellt ist, stehen zu bleiben. Es ist dann von dem Abg. Richter noch ein anderer Punkt erwähnt worden, der eine sehr wichtige materielle Bedeutung hat. Ich kann die Versicherung abgeben, daß meine Aufmerksamkeit längst auf diesen Punkt gerichtet ist und daß zu den schwersten Sorgen meines neuen Amtes die Sorge gehört, wie ich den Betriebsfond der Generalstaatskasse in eine bessere und gesündere Ordnung bringen kann, als er sich heute befindet. Die Lösung dieser Frage ist sehr schwierig, und ich kann heute noch nicht sagen, wann es mir möglich sein wird, Ihnen meine eigenen Gedanken hierüber mitzutheilen.

Abg. v. Bonin (Genthin): Die Staatsgläubiger haben das unbedingte Recht, am 2. Januar ihre Zinsen zu erheben. Den bedeutenden Umfang dieser Auszahlungen an einem Tage zu erledigen, ist natürlich unmöglich, und das Verfahren der Staatsregierung, mit den Zahlungen bereits am 15. Dezember zu beginnen, ist daher nicht blos wünschenswerth, sondern auch geboten. Deshalb müssen die Mittel dazu auch schon in diesem Jahre im Etat ausgeworfen sein.

Ab. v Hennig: Diese Frage muß hier erledigt werden, nicht in der Kommission; sonst müßte die Verhandlung über diesen Etat ausgesetzt und dadurch das Ganze unserer Berathung außerordentlich erschwert werden. Uebrigens sind in dem Antrage auch Anleihen begriffen, die unter den neuen Konversationsplan fallen; auf diese würde der Antrag also gar nicht anwendbar sein.

Die Diskussion über den Antrag wird geschlossen, darauf die Verweisung desselben an die Budgetkommission abgelehnt und der Antrag selber verworfen.

Abg. Richter beantragt ferner mit dem Wunsche der Verweisung des Antrags an die Budgetkommission: In den Hauptetat pro 1870 einen neuen und besondern Einnahmetitel folgenden Inhalts aufzunehmen: „Einnahme-Ueberschuß des Betriebsfonds der Hauptverwaltung der Staatsschulden, des Reservefonds der allgemeinen Staatsschuld, des Depositalfonds zur Tilgung und Verzinsung der provinziellen Staatsschulden und des Generaldepositums für Privatpersonen 100,000 Thlr." — Er führt aus: Die Einnahmen welche diese Fonds namentlich aus dem Zinsgewinn ihrer Effekten beziehen, sind bisher entweder gar nicht auf den Etat gebracht und stillschweigend dem Kapital zugeschlagen, oder unrichtiger Weise als „zufällige Einnahmen der General-Staatskasse" verrechnet worden. Letzteres war bei den Einnahmen des Generaldepositums für Privatpersonen, Ersteres bei den Einnahmen der drei übrigen Fonds der Fall. Gegenwärtig wiederholt sich hier im Kleinen, was im Großen bei den Einnahmen des Staatsschatzes monirt worden ist, und der Antrag hat den Zweck, den berechtigten Einfluß der Landesvertretung auch auf die Verwendung dieser Ueberschüsse zu sichern.

Reg.-Komm. Meinecke. Die Etatisirung der Fonds, die zum Theil Deposita sind und für bestimmte Zwecke verausgabt werden müssen, ist schon früher erörtert worden, doch hat man davon Abstand genommen und sich mit der Aufstellung einer Uebersicht der vorhandenen Fonds begnügen zu können geglaubt Die Etatisirung würde auch dadurch erschwert, daß unter den in Rede stehenden Fonds sich die 800,000 Thlr. befinden, aus denen die zur Verloosung gekommenen, aber erst später zur Präsentation gelangenden Obligationen eingelöst werden. Die Einnahme aus andern Fonds-Kategorien hat im Laufe von Dezennien nur dreimal die Summe von 10,000 Thlr. überschritten, so daß zur Beschränkung des Verfügungsrechtes der Staatsregierung grade keine dringende Veranlassung vorliegt. Aus jenen Ueberschüssen werden der Staatsdruckerei, der Hauptverwaltung der Staatsschulden Mittel gewährt, wird die Prämie bei Konvertirung von Anleihen bestritten. Man kann diese Verwendungen zum Gegenstande einer Kontroverse machen, darf aber die Praxis und den Grund, auf dem sie beruht, nicht schlechthin verwerfen.

Die Abgg. Lasker, Gumbrecht und Haenel unterstützen den Antrag Richters, desgleichen v. Hoverbeck, welcher bemerkt: es ist dies wieder einer der Fälle, in denen der alte Absolutismus, unter dem die Einnahme-Ueberschüsse den Fonds zuwuchsen, besser verfuhr als der Schein-Konstitutionalismus, der den Finanzminister mit seiner Verantwortlichkeit vor Gott im Himmel zum Herrn über die Verwendung der Ueberschüsse einsetzte.

Der Finanzminister: In Betreff der Ueberschüsse scheint keine völlig klare Anschauung zu herrschen. Selbstverständlich wachsen sie, sofern sie nicht verbraucht werden, den Fonds zu. Es kann sein, daß im Laufe der Jahre Verwendungen stattgefunden haben, die nicht zu billigen sind. Wenn aber als eine solche die Bestreitung der Prämie zur Konvertirung bezeichnet worden ist, so muß ich mit aller Bestimmtheit die entgegengesetzte Ansicht aussprechen, daß diese Konvertirung eine überaus wohlthätige Maßregel war, die dem Lande eine erhebliche Ersparung an Zinsen ermöglichte.

Die Verweisung des Richterschen Antrags an die Budgetkommission wird mit großer Majorität beschlossen.

Zu Nr. 1 Reservefonds der allgemeinen Staatsschuld beantragen die Kommissarien des Hauses zu erklären: Nachdem der Reservefond der allgemeinen Staatsschuld von zusammen 329,661 Thlr. $22\frac{1}{2}$ Sgr. den ihm durch Art. XI. der Verordnung vom 17. Januar 1820, betreffend die künftige Behandlung des Staatsschuldenwesens zugewiesenen Zweck erfüllt hat, können die Bestände desselben zu allgemeinen Staatszwecken verwendet werden.

Abg. Hänel befürwortet den Antrag unter Hinweis darauf, daß bereits 1850 die Budgetkommission den Reservefonds der allgemeinen Staatsschuld für disponibel erklärt und die Regierung selbst denselben mehrfach seinem eigentlichen Zwecke entfremdet habe.

Reg.-Komm. Meinecke bestätigt die letzte Behauptung und erklärt sich mit dem Antrage Namens der Regierung einverstanden, der hierauf mit großer Majorität angenommen wird.

Zu Nr. 4 Fonds zur Tilgung und Verzinsung der provinziellen Staatsschulden beantragt Abg. Richter zu erklären: Da gegenwärtig auf den mit einem Bestande von 208,500 Thlr. aufgeführten Fonds zur Verzinsung und Tilgung der provinziellen Staatsschulden nur noch Schuldbeträge von 22,121 Thlr. 16 Sgr. 1 Pf. an Kapital und ca. 30,000 Thlr. an Restzinsen, zusammen also 52,121 Thlr. 16 Sgr. 1 Pf. lasten, und voraussichtlich weitere Ansprüche nicht in erheblichem Betrage mehr zu gewärtigen sind, ist eine weitere Reservirung des quästionirten Fonds über jene Summe von 52,121 Thlr. 16 Sgr. 1 Pf. hinaus nicht erforderlich. — Auch dieser Antrag wird gegen den Widerspruch des Regierungskommissars angenommen. Desgleichen ein vom Minister akzeptirter Antrag des Abg. v. Bonin (Genthin): Die Regierung aufzufordern, in das Verzeichniß der Staatsgarantien zum Etat pro 1871 die bis dahin noch nicht erledigten mit den neu erworbenen Landestheilen übernommenen Garantien vollständig aufzunehmen.

Es folgt die Berathung über den Etat des Staatsministeriums. Ein Antrag Runges auf Streichung des Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke im Betrage von 31,000 Thlr. wird ohne Debatte abgelehnt.

Abg. Karsten fragt, ob und welche Schritte die Regierung gethan habe, um die im Friedensvertrage mit Dänemark ausbedungene Herausgabe des historischen Archivs von Schleswig-Holstein herbeizuführen.

Reg.-Komm. Duncker erklärt, daß eine Erfüllung der betreffenden Verpflichtung Dänemarcks noch nicht habe erreicht werden können; die Erfüllung eines vom Abg. Kantak geäußerten Wunsches nach baldmöglichster definitiver Organisation des Archivs für Posen stellt er für das nächste Jahr in Aussicht. Leider nehme die Gegenwart Kräfte und Mittel in solchem Maße in Anspruch, daß man für die Vergangenheit nicht immer in der gewünschten Weise sorgen könne.

Abg. v. Benda macht darauf aufmerksam, daß die Grundsteuerregulirung in den Herzogthümern vielfach ohne die Dokumente unmöglich, die sich in jenem Archive und zur Zeit noch in dänischem Besitz befinden.

Abg. Dr. Karsten konstatirt, daß nach der Erklärung des Kommissars allerdings Aktenstücke ausgeliefert sind. Diese sind, da sie der Kommissar nicht genannt hat, seines Wissens nur Verwaltungsakten der letzten Dezennien. Wir werden die Sache nicht stecken lassen, denn wir betrachten die Angelegenheit als Ehrensache, nachdem die Regierung unserm Rathe vor zwei Jahren entgegen, nicht die Mittel angewendet hat, die sie in Händen hatte. Bei der Schlußberathung wird Redner einen bezüglichen positiven Antrag stellen.

Zum Etat der Oberrechnungskammer, der mit dem vorjährigen durchweg gleichlautend ist, bemerkt Abg. Runge, daß auf seine Anfrage, ob nicht nach dem Uebergange der Post-, Telegraphen, Marine- und Militärverwaltung auf den Bund eine Verminderung des Besoldungsetats der Oberrechnungskammer möglich sei, ihm geantwortet ist, daß diese Abnahme der Geschäfte vollständig dadurch ausgeglichen ist, daß die Rechnungen der Verwaltungen aus den neuen Provinzen von der Oberrechnungskammer geprüft werden müssen Er ist durch diese Antwort für jetzt beruhigt. Sobald die Verwaltungen der neuen Provinzen mit dem preußischen Modus vertraut sind, wird wohl eine Herabsetzung des Etats der Oberrechnungskammer eintreten können.

Im Uebrigen wird der Etat des Staatsministeriums genehmigt. Ohne Debatte wird der Etat des Gesetzsammlungs-Debits-Komtoirs genehmigt. Zu dem Etat der Landesverwaltung des Jadegebietes beantragt Abg. Schmidt, die Regierung aufzufordern, die Auflösung des Admiralitäts-Kommissariats und eine neue Vertheilung der noch übrig bleibenden Funktionen dieser Behörde spätestens bis zum Schlusse des Jahres 1870 zu bewirken. Der Antragsteller weist darauf hin, daß sehr bald nach Einsetzung des mit mit der Verwaltung der oldenburgschen Enklave betrauten Admiralitäts-Kommissariats über die Kostspieligkeit der Verwaltung geklagt und deshalb bereits im Jahre 1862 im Abgeordnetenhause ein dem heutigen Antrag analoger Beschluß gefaßt worden sei. Schon damals habe sich der Kriegsminister nicht prinzipiell gegen die Auflösung des Kommissariats ausgesprochen, dieselbe jedoch bis zu einer weiteren Entwickelung der Hafenbauten hinausschieben wollen. Dieser Zeitpunkt sei jetzt gekommen. Die Arbeit des betreffenden Beamten sei so wenig umfangreich, daß die Stelle eine Art von Sinekure bilde und sehr gut mit der Marineverwaltung verbunden werden könne.

Reg.-Komm. Dirckfen erklärt, daß die Regierung den Antrag in Erwägung ziehen werde; über den Zeitpunkt der Ausführung jedoch eine bestimmte Erklärung noch nicht abgeben könne. Nachdem die Abgg. v. Hoverbeck und Schmidt noch einmal im Interesse einer Beschleunigung der bereits 7 Jahre dauernden Erwägung den Antrag empfohlen, wird derselbe mit großer Majorität angenommen.

Es folgt der Etat des Finanzmisteriums.

Zu dem Titel Apanagen bemerkt Abg. Lasker, daß unter denselben auch die an den ehemaligen Kurfürsten von Hessen zu zahlende Apanage gehöre. Bei der Diskussion des Beschlagnahmegesetzes habe das Haus zwar auf eine Etatisirung des unter Sequester gestellten Vermögens verzichtet, indessen habe sich von verschiedenen Seiten die Ansicht kundgegeben — und auch Aeußerungen des Grafen Bismarck seien dahin gedeutet worden — daß eine Rechnungslegung dem Hause gegenüber vorbehalten werde. Er frage deshalb, ob die Regierung das Beschlagnahmegesetz ebenfalls in diesem Sinne interpretire, und ob und in welcher Weise diese Rechnungslegung erfolgen solle. Redner wird bei der Schlußberathung auf den Gegenstand zurückkommen, da Regierungskommissar Mölle sich im Augenblick darüber nicht äußern kann.

Wir übergeben an dieser Stelle, wie auch sonst, alle Anträge, die einen rein kalkulatorischen Charakter haben, und die nur verständlich sind, wenn der Leser einen Spezialetat vor sich hat. Der Antrag der Kommissarien, verschiedene seither bereits zahlbare Renten und Entschädigungen im Regierungsbezirk Kassel, welche im Etat bisher irrthümlich nicht vorgesehen waren, an die Budgetkommission zur Prüfung zu überweisen, wird genehmigt, nachdem Regierungskommissar Moelle die Mittheilung aller bezüglichen Urkunden zugesagt hat.

Bei Abschnitt V., Beiträge zu den Ausgaben des Norddeutschen Bundes, spricht Abg. Grumbrecht seine Verwunderung aus, daß die aus dem Gesetze über Aufhebung der Portofreiheit erwarteten Mehreinnahmen den preußischen Matrikularbeitrag nicht erheblich vermindert haben.

Reg.-Komm. Moelle erklärt, daß die durch das genannte Gesetz erzielten Mehreinnahmen voraussichtlich durch die für die bisherigen portofreien Justizsachen aufzuwendenden Mehrausgaben von 930,435 Thlr. vollständig aufgewogen werden würden.

Auch Abg. Lasker bestätigt, auf die Gefahr hin, neue Angriffe gegen den Bund hervorzurufen, daß Mehreinnahmen vorläufig keinesfalls zu erwarten sind. — Die Position selbst wird hierauf mit großer Majorität (gegen die Stimmen der Polen und des Abg. Weiß) angenommen.

Zu der Position „Wartegelder für Civilbeamte" beantragen die Kommissarien des Hauses, die Regierung möge dahin wirken, daß bald-

möglich eine größere Anzahl der auf Wartegeld gesetzten außeretatsmäßig angestellten Beamten, besonders der unteren Kategorien, aus den neuen Landestheilen wieder in etatsmäßige Stellen eingesetzt werde.

Reg.-Komm. Mölle giebt eine zustimmende Erklärung; es werde bei neuen Anstellungen vorzugsweise Rücksicht auf die früher etatsmäßig angestellten Beamten der neuen Landestheile genommen, zu Ungunsten der in den alten Landestheilen Anstellungsberechtigten. Ganz streng könne das freilich nicht durchgeführt werden.

Nach Befürwortung seitens der Abgg. Lasker und Windthorst (Meppen) wird der Antrag angenommen. Alle übrigen Positionen dieses Etats werden ohne Widerspruch genehmigt; nur über den Fonds für unvorhergesehene Ausgaben (Haupt-Extraordinarium) im Betrage von 400,000 Thlr. beantragt Abg. Duncker besondere Abstimmung, die für die Forderung der Regierung eine große Majorität ergiebt. Schluß $3\frac{3}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag. (Aichungsbehörden, Kreisordnung.)

Lokales.

Posen, den 8. November.

— **Der Hirtenbrief,** welchen Herr Erzbischof Graf Ledochowski anläßlich seiner Abreise zum Konzil nach Rom erlassen, bespricht hauptsächlich den Zweck der ökumenischen Konzile seit den ersten Anfängen der katholischen Kirche. „Die Konzile — heißt es darin — haben nie neue Wahrheiten aufgestellt, sie haben sie nur erläutert, ausgelegt und näher bezeichnet; sie waren ein Zeichen der Lebensfülle der katholischen Lehre. Von Zeit zu Zeit galt es den immer wieder hervortretenden Verwickelungen und Fälschungen entgegenzutreten und die ewigen Grundsätze des Glaubens festzustellen. Dies sei der Zweck des allgemeinen Konzils. Seit dem letzten, dem tridentinischen, seien 3 Jahrhunderte verflossen; vieles habe sich seitdem verändert, die Irrthümer haben sich angehäuft, da sei ein Konzil wiederum nöthig geworden, und es sei davon Vieles zu hoffen. Es werde Niemandes Rechte antasten; es werde vielmehr Frieden bringen, den Glauben kräftigen und für die Einheit und Lebensfähigkeit der katholischen Kirche glänzender als je vorher Zeugniß ablegen. Graf Ledochowski schätzt sich glücklich, daß es ihm vergönnt sei, sich an diesem großen Werke zu betheiligen, er werde auf dem Konzil seiner beiden Diözesen nicht vergessen, vielmehr immer ihrer Bedürfnisse eingedenk sein, für sie bei den Gräbern der Heiligen beten und sie der Gnade des heiligen Vaters empfehlen. Sie möchte aber auch ihrerseits für das Gelingen der Aufgaben beten, die sich das Konzil vorgesetzt. — Der Kirchenfürst setzt die Zeit seiner Abwesenheit auf einige Monate an.

— **Am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium** erfolgten die Versetzungen in die höheren Klassen früher stets zu Ostern. In neuerer Zeit ist darin eine Aenderung getroffen worden, indem aus den Cötus A sämmtlicher Klassen zu Michaeli, aus den Cötus B dagegen zu Ostern versetzt wird. Ist nun ein Schüler nach Absolvirung des üblichen Schuljahres, z. B. aus dem Cötus A der unteren Klasse nicht nach dem Cötus A der oberen Klasse versetzt worden, so ist ihm dadurch, daß er nun in den Cötus B der unteren Klasse übernommen wird, die Möglichkeit gegeben, nach Verlauf eines halben Jahres in die höhere Klasse versetzt zu werden, während er bei der bisherigen Einrichtung erst nach einem Jahre in die höhere Klasse aufsteigen konnte.

— **Witterung.** Während der vergangenen Tage zeigte das Barometer ganz außerordentliche Schwankungen, häufigen Windwechsel und in Folge dessen stürmische Witterung. Donnerstag früh stand das Barometer auf 27 Zoll $4\frac{1}{2}$ Linie bei westlicher Windrichtung, sank binnen 24 Stunden um 5 Linien, bis auf 26 Zoll $11\frac{1}{2}$ Linie bei südwestlicher Windrichtung, den niedrigsten Barometerstand seit langer Zeit; von da stieg es binnen 24 Stunden wieder um 6 Linien bei östlicher Windrichtung, und sank dann binnen 8 Stunden, von Sonnabend früh 6 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr, wieder um 5 Linien bei südlicher Windrichtung. Nachdem wir Sonnabend früh die bedeutendste bisherige Kälte (— 2, 2 R.) gehabt hatten, trat Nachmittags wieder Regen ein.

Konzert.

Den vortrefflichen Leistungen gegenüber, welche das Sonnabendkonzert von den Herren Stahlknecht, Grimm und Spohr bot, läßt sich ein Bedauern von vornherein nicht unterdrücken; und zwar ist derjenige sonst musikfreundliche Theil unseres Publikums zu bedauern, der es versäumte Antheil zu nehmen an der Freude und dem wirklich echten Genuß, welche der Erfolg der Künstler hervorriefen. Mit Recht ist man wohl mißtrauisch gegen das allgemeine Virtuosenthum (dem mögen wir auch nicht das Wort reden) und das Musikmachen hat nach und nach bei uns eine sehr empfindliche Verzagtheit hervorgerufen, die kaum noch weicht, wenn auch der Aplomb des Weltrufs und möglicherweise auch der Mode vorausgeschickt werden kann. Gilt das hier, wie auch anderswo im Allgemeinen, so besitzt Posen doch auch immer noch einen guten Kern, dem es an Sinn und genügender Kunstverständigkeit nicht fehlt, um Interesse und innige Freude an wirklichen Kunstleistungen zu haben, und grade dieser Umstand läßt es nicht erklären, daß das Konzert nur mäßig besucht war, denn Namen wie Stahlknecht, Grimm (Spohr allerdings bei uns noch ungekannt) boten doch Garantie genug dafür, daß etwas Bedeutendes zu erwarten war. Das innerste Wohlgefallen und die wahrste Befriedigung, welche die Vorträge erweckten, entsprachen den Voraussetzungen, die gemacht werden mußten, aufs Vollkommendste und glänzendste.

Die erste Nummer brachte ein Konzert von Bazzini, die Komposition an sich bedeutend, wurde von Hrn. Spohr prächtig und vollendet schön gespielt. Seine technische Behandlung des Instruments steht auf der hohen Kunststufe der Zeit, welche die Verwerthung der Violine in titanenhafter Weise hinaufgeschraubt hat. Das angenehme seelische Klingenlassen des Instruments, die wundervolle Reinheit in den schwierigsten Passagen, Läufern, aller möglichen Gattungen von Trillern 2c. zeigten den wirklichen Meister, der durch die Virtuosität nicht blenden will, sondern der durch die Verwendung der virtuosen Errungenschaft das Edelste und Innerste, den Inhalt klar macht und auf diesem Wege den Hörer nicht berauscht und übertäubt, sondern ihn hinreißt. Wenn wir uns die Größe des Tons vielleicht noch üppiger denken könnten, so regen doch wieder die Feinheit des Ausdrucks, die Innigkeit des Vortrags, Ruhe und Sicherheit jenes Merkmal auf. Das Alles durchdrang auch das Publikum, welches den abtretenden Künstler zum zweiten Male herausforderte, eine Seltenheit, welche auch den beiden andern Herren zu Theil wurde, die im Konzertsaale bei uns aber fast unerhört ist. Das Vieuxtempssche Morceau de Salon, eben so trefflich gespielt, leidet doch als Komposition zu sehr an den Virtuosen-Schwächen, als daß eine so unbedingte Hingabe möglich wäre.

Hr. Grimm, Harfenist, wußte die Stimmung, welche seine Vorgänge gewiesen, hervorgerufen, warm zu halten. Die bewundernswerthe Herrschaft, welche er über sein Instrument ausübt, dazu die Poesie und das Märchenhafte des Harfentons übten einen unvergleichlichen Zauber aus, der um so ergreifender fesselte, weil die Harfe ja ein fast verschollenes Instrument ist, das seine wenigen Vertreter nur noch in den größern Operninstituten besitzt. — Die äußere Technik, Schönheit des Tons, die Hrn. Grimm (trotz der großen Schwierigkeiten, welche die Behandlung des Instruments bieten,) mit so verschiedenen Klangfarben zu Gebote stehen, zeigten den Spieler im brillantesten Lichte, kommen dazu die feine Nüancirung, die konzentrirte Kraft der Empfindung und des Ausdrucks, die Effekte, welche die Kraftabstufungen bis zum Hingehauchten 2c. machte, so ist der Erfolg, den das Spiel hervorrief, schon mit taxirt.

Herr Stallknecht, Julius, der berühmt und gekannt, in den Reihen der Violoncellospieler Europas mit im ersten Range steht, ist wohl unübertroffen in Bezug auf die vollendet schöne, elegante und edle Behandlung seines Instruments. Daß er alle, auch die nur denkbarsten Schwierigkeiten mit Freiheit und Sicherheit überwindet, versteht sich von selbst. Die Tonbildung und charakteristische Färbung sind meisterhaft, und in der markigen, volltönenden, aller Nuancirungen fähigen Spielweise, tritt jene Feinheit der Fassung, die schwungvoll und edel seinen Vortrag bis in die kleinsten Details durchdringt, wunderbar hervor. Stahlknecht! — Ein ganzer Meister! Fantasie caprice, zwei Lieder und noch eine eingelegte Piece sind von Herrn Stahlknecht selbst und glücklich komponirt —

Den Schluß bildete Meditation aus Bachs Präludium Nr. 1 von Gounod entworfen und Ave Maria von Schubert. Beide Nummern bildeten einen eben so würdigen und zündenden Abschluß den das Uebrige hervorgerufen hatte. —

Die Begleitung auf dem Klavier war in den Händen des Herrn Hartmann, auch Kammermusikus, der seine Partie dem Ganzen gemäß ausfüllte. —

In Bezug auf das Programm noch die Bemerkung, daß Posen doch etwas mehr klassische Musik zu ertragen im Stande ist, und daß das nächste Konzert (denn ein zweites Auftreten wird größere Aufmerksamkeit des Publikums hervorrufen) etwas tiefer in die Schätze unserer Meisterwerke hineingreifen kann, ohne daß wir uns langweilen werden. — Also auf Wiedersehen!

Bienwald.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Sitzung der Stadtverordneten zu Posen

am 10. November 1869, Nachmittags 4 Uhr.

Gegenstände der Berathung:

1) Verwaltung des v. Raczynskischen Bibliothekfonds. 2) Entlastung der Marstallfondsrechnung pro 1867. 3) Desgl. der Betriebsrechnung der Gasanstalt pro 1866/67. 4) Desgl. der Betriebsrechnung über die Wasserwerke pro 1866/67. 5) Betr. die Niederlassung des Woyciech Racinowski hierorts. 6) Bewilligung der Kosten für den Ausbau des Schulhauses am Dom. 7) Beschaffung von Winterpaletots für die Exekutoren. 8) Miethung eines Ordonnanzgelasses für passante Militärs. 9) Verpachtung der Handelsgewölbe im Waagegebäude. 10) Verpachtung der Ackerparzelle Nr. 14 St. Lazarus neben dem St. Martins-Begräbnißplatze.

gez. ***Pilet.***

Bekanntmachung.

Die Lieferung nachstehender Konsumtibilien pro 1870 für die hiesigen Garnison-Anstalten resp. Militair-Behörden und zwar:

pr. pr. 40 Klafter Eichenklobenholz
„ 30 „ Elsenklobenholz
„ 125 „ Kiefernklobenholz
„ 163 Ctr. Rüböl
„ 101 „ Petroleum
„ 38 „ Talglichte

soll höherer Anordnung zufolge unter Aufhebung des für diese Artikel am 12. Oktober c abgehaltenen Termins am

Freitag, 12. November c.

Vormittags 10 Uhr,

durch Submission nochmals ausgeboten werden, wozu qualificirte Unternehmer mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Lieferungs-Bedingungen in unserm Geschäftslokal, Wallischeistr. Nr. 1, woselbst auch die Offerten versiegelt und gehörig bezeichnet rechtzeitig abzugeben sind, zur Einsicht ausliegen.

Nachgebote und später eingehende Offerten bleiben unberücksichtigt.

Posen, den 5. November 1869.

Königl. Garnison-Verwaltung.

Proklama.

Zum öffentlichen meistbietenden Verkauf der den minorennen Geschwistern **Palacz** gehörigen Grundstücke **Górczyn** Nr. 13A., 50 u. 109, von denen das Erstere auf 7116 Thlr. 14 Sgr. 2 Pfg., das zweite auf 4218 Thlr. 5 Sgr. und das dritte auf 1681 Thlr. 16 Sgr. 8 Pfg. abgeschätzt ist, haben wir einen Termin

auf den 30. November c.,

Nachmittags 2 Uhr,

an Ort und Stelle in Górczyn vor dem Herrn Kreisgerichtsrath **Strauch** anberaumt, zu welchem wir Käufer einladen.

Taxe und Verkaufsbedingungen können in unserer Registratur, Büreau IIIc. eingesehen werden.

Posen, den 1. Oktober 1869.

Königliches Kreisgericht.

II. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Kaufmann **Sigismund Berends** gehörige, in der Stadt **Posen** unter **Nr. 163** der Vorstadt **St. Martin** belegene Grundstück, abgeschätzt auf 25,802 Thlr. 8 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 17. März 1870,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Der Kaufmann **Sigismund Berends** und die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger:

a) das Fräulein **Wanda Ursula Szamborska,**

b) der Handlungsgehilfe **Wilhelm Friedrich Immanuel Werner;** früher zu Posen wohnhaft,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Posen, den 17. August 1869.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

Aufgebot.

Der von dem Kaufmann **Leib Lippmann Citron** zu **Trzemeszno** am 8. März 1846 ausgestellte und von ihm unterschriebene, drei Monat nach Dato an den Wirthssohn **Friedrich Schmidt** in **Raszewo** zahlbare trokkene Wechsel über 350 Thlr. ist verloren gegangen.

Der unbekannte Inhaber dieses Wechsels wird deshalb aufgefordert, denselben spätestens in dem vor dem Herrn Kreisrichter **Kantelberg** an hiesiger Gerichtsstätte

zum 1. Februar 1870,

Vormittags 11 Uhr,

anberaumten Termine dem unterzeichneten Gerichte vorzulegen, widrigenfalls der Wechsel wird für kraftlos erklärt werden.

Trzemeszno, den 29. Juni 1869.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

In der Szczypdrzejewer Forst b. Pogorzelice, an der Warthe, werden von heute an, am **Dienstag** und **Freitag** jeder Woche, verschiedene Bauhölzer, Birkenstämme, birkene und andere Stangen verkauft werden.

Die Forst-Verwaltung zu Szczodrzejewo.

Kempen, den 1. November 1869.

Im Auftrage der Königlichen Regierung zu Posen werde ich am

Freitag, 3. Dezember 1869

Vormittags 11 Uhr,

in meinem Dienstlokale hierselbst die Zollerhebung auf der Provinzial-Chausseegeld-Hebestelle Schildberg vom 1. April 1870 ab, meistbietend verpachten, wozu ich Pachtlustige mit dem Bemerken einlade, daß jeder Mitbietende vorher eine Kaution von 100 Thlr. baar oder in preußischen Staatspapieren zu erlegen hat.

Die Verpachtung geschieht entweder auf 3 Jahre mit feststehender Pachtsumme, oder auf 1 Jahr unter Vorbehalt sechsmonatlicher Kündigungsfrist event. stillschweigender Verlängerung der Pacht auf ein weiteres Jahr und jährlicher Steigerung der Pachtsumme um 2 Prozent. — Die Licitationsbedingungen können täglich während der Dienststunden in meinen Büreau eingesehen werden.

Der Königliche Landrath.

Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts werde ich **Donnerstag den 11. November c.,** von Vormittags 9 Uhr ab, **Schloß- u. Wasserstraßenecke** eine Partie **Handschuhe, Shlipse, Seifen, Bruch-, Strumpf-, Tragebänder** 2c. öffentlich meistbietend gegen sofortige Baarzahlung versteigern.

Rychlewski,

königl. Auktions-Kommissarius

Auktion.

Freitag den 12 Novbr. cr. von Vormittags 9 Uhr ab werde ich im Auktionslokale, **Magazinstr. 1,** verschiedene **Gold- u. Silbersachen,** als: **Ohrgehänge, Brochen, Nadeln, Ringe, Armbänder** mit und ohne **Diamanten,** demnächst eine Partie alter, feiner, gezehrter **Ungarweine, Champagner** und **Bordeaux-Weine** öffentlich meistbietend gegen sofortige Bezahlung versteigern.

Rychlewski,

Königl. Auktions-Kommissarius.

Gerichtlicher Verkauf.

Am 25. November d. J. Morgens 10 Uhr sollen im Hause des Gastwiths **Borecki** verschiedene Mobilien als: drei Pferde, verschiedene Mahagonimöbel, vier Spiegel, ein silbernes Tafelservis, Bilder, zwei Teppiche und Lefaucheux-Doppelgewehr durch unseren Auktions-Kommissar Herrn **Jeschner** in öffentlicher Versteigerung gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Wreschen, den 28. Oktober 1869.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Ein **Haus** in der Neustadt mit großem Garten ist aus freier Hand zu verkaufen. Näheres im Kommissions-Geschäft

J. Stefański & Co.,

Bergstraße 13.

Kalkbrennerei- und Kalkziegelei-Verkauf.

Meine mit einer Kalkziegelei verbundene, $\frac{1}{8}$ Meile vom Bahnhof **Flatow** an der Ostbahn — Strecke Schneidemühl-Dirschau — entfernt gelegene Kalkbrennerei, beabsichtige ich nebst der dazu gehörigen 400 Morgen großen Ackerwirthschaft unter günstigen Zahlungsbedingungen aus freier Hand zu verkaufen.

Auf Verlangen kann dicht neben den Bahnhofsgebäuden und der Flatow-Vandsburger Chaussee ein Lagerplatz in jeder gewünschten Größe mitverkauft werden.

Flatow, im November 1869.

Willmeroth,

Kataster-Kontrolleur.

Ein auf der **Schrodka** belegenes Eckgrundstück, in welchem seit vielen Jahren Schankwirthschaft mit Vortheil betrieben wird, ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Nähere Auskunft ertheilt *W. Busse*, Hinterwallischei 7 am Damm.

Gutsverkauf.

Die **Nagemühle** bei Schokken, bestehend aus 387 Morgen, darunter 30 Morgen gute Wiesen, eine Cylinder-Wassermühle m. 4 Mahl- und 1 Oelgange, vollkommenen guten Wirthschafts- und Wohngebäuden, abgeschätzt auf 23,951 Thlr. 10 Sgr., soll am 22. d. Mts an hiesiger Gerichtsstelle subhastirt werden.
Reellen Reflektanten kann ich günstige Kaufbedingungen nachweisen und wollen sich dieselben früher an mich deshalb wenden.

Salomon Levy
in Wongrowiec.

Zahnarzt
Kasprowicz,
wohnt
Oehmigs Hôtel de France.
Eingang von der Bergstraße aus.
Sprechst. von 9—½1 u. v. 2—½6.

Zur Bereitung von **Gastmahlen** empfiehlt sich den hiesigen und auswärtigen Herrschaften

F. Ortel,
Mundkoch, Klosterstr. 14.

Jeden Bandwurm

entfernt binnen 2 bis 4 Stunden vollständig schmerz- und gefahrlos; ebenso sicher beseitigt auch **Bleichsucht** und **Flechten** und zwar brieflich. *Voigt*, Arzt zu **Kroppenstedt** (Preußen)

Meine seit über 30 Jahren gesammelten Erfahrungen, **Magenkrampf, Unterleibsbeschwerden, Drüsen, Scropheln, offene Wunden, Rheumatismus, Gicht, Epilepsie, Bandwurm, Syphilis** und andere Krankheiten, welche aus dem verdorbenen Blute entspringen, gründlich zu heilen, theile ich auf **frankirte** Anforderungen **unentgeltlich**, mündlich und schriftlich, mit und sollte **kein Kranker** die Hoffnung aufgeben, geheilt zu werden, ohne sich vorher mit meiner Heilmethode bekannt gemacht zu haben.

Louis Wundram, Professor
in Bückeburg, Schaumburg-Lippe.

Schwäche, Frauenkrankheiten jeder Art, Weißfluß, Syphilis, Weichselzopf, auch ganz veraltete Fälle, heilt bestimmt der homöopathische Spezialarzt **Giersdorff,** Kochstr. 46II., **Berlin.** Von 8—11½ und 3—5½ Uhr. Auch brieflich.

„Germania,"
Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Stettin.

Grund-Kapital	Thlr.	3,000,000.
Reserven Ende 1868	„	3,037,832.
Seit Eröffnung des Geschäfts bis Ende 1868 bezahlte Versicherungssummen	„	2,558,515.
Versichertes Kapital Ende September 1869	„	52,256,201.
Jahres-Einnahme	„	1,648,619.
Im Monat Oktober sind eingegangen 1915 Anträge auf	„	1,033,293.

Mäßige Prämiensätze.
Schleunige Ausfertigung der Policen.
Darlehne auf Policen.
Prompte Auszahlung bei Todesfällen.

Gegen **Kriegsgefahr** kann bei Ausbruch eines Krieges versichert werden.
Für die Versicherung von **Renten** bietet die Gesellschaft die vortheilhaftesten Bedingungen.

Prospekte und Antrags-Formulare gratis durch die Agenten und durch die unterzeichnete General-Agentur.
Posen, den 8. November 1869.

Leopold Goldenring.

Mehrfachen Anfragen gegenüber erkläre ich hiermit, daß ich meine Brauerei **keineswegs** verkauft habe, sondern nach wie vor mein Geschäft mit unverminderten Kräften fortsetze.
Meine bedeutenden Vorräthe an vorjährigem Malz sowie rechtzeitige Einkäufe von gutem Hopfen setzen mich grade dies Jahr ganz besonders in den Stand, meinen geehrten Kunden ein recht kräftiges, untadelhaftes Bier liefern zu können, und verkaufe dasselbe wie früher die Tonne à 120 Qrt. loco hier mit 5 Thlr.
Grätz, im November 1869.

C. Bähnisch.

Für Haarleidende.

Unterzeichneter stillt das Ausfallen der Haare in 8—14 Tagen, befördert auf haarlosen Stellen, dünnen Scheiteln oder krankem Haare in 6wöchentlicher Pflege neuen kräftigen Haarwuchs und stellt auf Platten oder Kahlköpfen, selbst wenn man Jahre lang daran gelitten, nach Befinden in ¼ bis 1 Jahr den Haarwuchs wieder her, wie auch Krankheiten der Kopfhaut, z. B. Schuppen, Schinnen, die Unthätigkeit und schmerzhaftes Ziehen der Kopfhaut, der in der jetzigen Zeit so überhand genommene Pilzausschlag, das frühzeitige Ergrauen der Haare u. s. w durch sein eigenthümliches Verfahren durch rationelle Pflege der Kopfhaut gründlich unter Garantie von ihm gehoben werden. Briefe werden franco erbeten, bei älteren Uebeln ist persönliche Rücksprache unerläßlich.

Julius Scheinich, aus **Löbau** (Sachsen),
jetzt **Dresden,** Schössergasse 17, Börsenhalle III.

Zeugnisse von Personen, die durch mein Verfahren das Haar wieder erlangt haben, liegen zur Einsicht vor und werden auf Verlangen zugesandt.
Den vielseitigen Wünschen des geehrten Publikums nachzukommen, bin ich in Posen, Donnerstag den 11. November in Mylius Hôtel de Dresde für Damen von 10—12 Uhr Vormittags, für Herren von 1—5 Uhr Nachmittags zu sprechen.

Hochachtend

Dr. Pattison's Gichtwatte,

das bewährteste Heilmittel gegen **Gicht und Rheumatismen** aller Art, als: Gesichts-, Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und Kniegicht, Gliederreißen, Rücken- und Lendenweh u. s. w. In Paketen zu 8 Sgr. und halben zu 5 Sgr. bei

Frau *Amalie Wuttke,* Wasserstr. 8/9.

Posener Real-Kredit-Bank
A. Nitykowski & Comp.
Außerordentliche Generalversammlung
Dienstag den 30. Nov. 1869,
Nachmittags 4 Uhr in **Stern's Hotel** zu **Posen.**

Tagesordnung.
1) Bestellung der Liquidatoren.
2) Beschlußfassung über die Abfindung des ersten persönlich haftenden Gesellschafters.

Wer an dieser Generalversammlung aus eigenem Stimmrechte oder als Bevollmächtigter Theil nehmen will, hat gemäß § 52 der Statuten die ihn legitimirenden Aktien und resp. Vollmachten spätestens am 29. **November** c., bis **Abends 6 Uhr,** im Comtoir der Bank zu deponiren und erhält dagegen eine Legitimation zum Eintritt und zur Abstimmung in der General-Versammlung. Die Ausbleibenden sind an die Beschlüsse der Erschienenen gebunden.

Posen, den 25. Oktober 1869.

Der Aufsichtsrath
gez. **Kennemann.** gez. **Bertheim.**

gez. **Nitykowski,**
persönlich haftender Gesellschafter.

Das allgemeine deutsche Heiraths-Vermittelungsinstitut in Darmstadt, welches durch seine allgemein bekannte Reellität sich einen europäischen Ruf gegründet und seither mehrere Ehebündnisse in höchster und bürgerlicher Sphäre abgeschlossen hat, empfiehlt sich hiermit Heirathslustigen beiderlei Geschlechtes. Offerten in allen Ständen, vom höchsten Adel bis zum Bürgerstande. (Damen werden von der Frau des Direktors beschieden; Comtoir für dieselben ganz apparat.)
☞ Keine Vorausbezahlung bis wirklich eine Verheirathung stattgefunden. Statuten gratis.
☞ Unsere Vermittelungen erstrecken sich auch ins Ausland. **Die Direktion.**
☞ Jedem Brief ist eine Freimarke zur Frankatur der Rückantwort beizufügen.

Kief. Böttcherholz
trocken und großklobig empfehlen
Jeremias & Lippmann,
Graben 5.

Für Destillateure.
Reine unverfälschte Lindenkohle ist nur zu haben bei

F. Philippsthal,
Breslau, Büttnerstraße 31.

Holzkohlen
offeriren à gehäuften Scheffel 7 Sgr., bei Entnahme größerer Parthieen entsprechend billiger

Jeremias & Lippmann,
Graben 5.

W. Lewinsohn's Futterhandl.,
Gr. Gerberstr. 29, im Laden,
verkauft:

	Thlr.	Sgr.	Pf.
Hafer mit	2	4	„ den Ctr
Erbsen	2	5	„
Roggen	2	7	6
Roggenkleie	2	„	„
Siede mit	„	26	6
Stroh	„	20	„
Heu	1	„	„

sowie Hühner-, Tauben- und Gänsefutter zu billigsten Preisen.


Oberschlesische, frischmelkende

Kühe
nebst **Kälber** empfange Dienstag d. 8. Nov. mit dem Mittagszuge.

Carl Bachstein,
Viehhändler in Posen, Viehmarkt 19.



In der Stammschäferei **Opatow** bei Kempen ist der **Bockverkauf** eröffnet.



Der Bockverkauf zu **Petersdorf** bei Bahnhof Spittelndorf, Kr. Liegnitz, beginnt den 30. Octbr.
Edle Wollmasse auf Negretti- und Rambouillet-Halbblut-Thieren (Väter von Bailleau und Lefèbre) mit großen Figuren und vorzüglicher Mastfähigkeit.

Schneider.

Das Wild aus dem Thiergarten zu **Dembno** bei Neustadt a. d. Warthe, bestehend aus Damm- und Rothhirschen, soll lebend verkauft werden. Käufer wollen sich an das unterzeichnete Dominium wenden.

Dominium **Dembno**
bei Neustadt a. d. Warthe.

18 Stück sehr schöne Elektoral-Negretti-Jährlings-Böcke stehen auf dem Dominium **Dembno** bei Neustadt a. d. Warthe billig zum Verkauf und können dort täglich besehen werden.



Der Verkauf von zweijährigen Sprungböcken aus hiesiger Stammschäferei ist mit Beginn dieses Monats, zu der Wollkonjunktur angemessenen Preisen, eröffnet.
Dom. **Owieczki** bei Gnesen.



Der
Bock-Verkauf.
aus meiner **Elektoral-Negretti**-Stammheerde (Oschatz-Lentowitzer Abst.) hat begonnen, auch habe z. Verkauf 4 2jähr. Oldenburger **Stammochsen.**
Borek, 6. Nov. 1869.

v. Graeve.

Auf dem Dominio Grzybno bei Czempin stehen 150 Fetthammel zum Verkauf.

Baschlik-Mantelets,
Baschlik-Capotten,
Crinolins mit und ohne Schleppe, sowie
vorzüglich gut sitzende Corsets
bei **S. Tucholski,**
Wilhelmsstr. 10.

Großes Pelz- u. Rauchwaarenlager in Zobel, Marder, Nörze, Iltis, Bisam, Feh 2c. befindet sich Breslauerstraße 29.
Wilhelm Ratsch, Kürschnermeister.

H. Lissauer,
Seidenwaaren-Fabrik
Berlin,
24. Jägerstrasse 24.

Specialität für Sammet- und Seidenwaaren
empfiehlt zur Herbst-Saison
Schwarzen Seiden-Sammet zum Besatz. Elle von 1 Thlr. 20 Sgr. an,
Schwarzen Seiden-Sammet zu Jacquettes von 1 Thlr. 20 Sgr. an,

Victoria-Sammet
zu Roben und Costümes 9/8 breit. Elle 1 Thlr. 10 Sgr.

Jupon-Stoffe schwarz und couleurt, grösster Auswahl in Sammet und Halbsammet mit und ohne Atlas-Streifen.

Ferner:
Taffet-Satiné Nouveauté in allen Nuancen, (auch in Lichtfarben) ein rein seidener eleganter Seidenstoff zu Gesellschafts-Roben, pro Elle 22½ Sgr.

Deutsche und Lyoner Seidenstoffe
in grösster Auswahl, sowie
einzelne Seiden-Roben von 16—20 Ellen in hellen und dunklen Farben à 10, 12, 13—16 Thlr.

Schwarze Seidenstoffe
eigener Fabrik, namentlich
schwarz seid. **Cachemir,** Robe 16—22 Thlr., schwarz seid. **Cachemir-Rips** Robe 18—30 Thlr.
welche Stoffe — ausgezeichnet durch solidestes appreturfreies Material, sowie durch grösste Weichheit und Schmiegsamksit — sich vor anderen Fabrikaten durch **zuverlässige Dauerhaftigkeit** auszeichnen, und den Uebelständen des Brechen, Schlitzen und Krausen nicht ausgesetzt sind.
Proben nach Ausserhalb franco bei Aussteuern Engros-Preise.

Bekanntmachung.
Gegenstände, welche seit **zwei** Jahren bei mir zum Färben 2c. abgegeben, bis jetzt nicht wieder eingelöst, müssen wegen Mangel an Raum bis zum ***1. Decbr. c.*** abgeholt werden. Was bis zu diesem Termin nicht eingelöst, wird verkauft und der Erlös dem Armenverein zugewiesen werden.

Adolph Sieburg.

Eine neue Sendung
Wiener Schuhe
sind wieder angekommen bei
J. König, Neuestraße 4.

Für Brennereibesitzer.
Die sämmtlichen Kupferapparate nebst allem Zubehör von zwei Brennereien, sowie eiserner Dampfkessel, erst im vorigen Jahre nach neuester Konstruktion erbaut, sind im Ganzen oder einzeln unter der Hälfte des Nennwerthes zu verkaufen.
Stettin. ***Gebr. Beermann,***
Fischerstraße 16.

Garderoben-, Handtuch- u. Schlüsselhalter, Rauchservices, Schirm- u. Stockständer und andere zu **Stickereien** sich eignende Gegenstände, empfiehlt in großer, geschmackvoller Auswahl und zu billigen Preisen

M. D. Cohn
in **Grätz.**

Agara für Kürschner, Reißwurzel, und Flebre für Bürstenmacher empfiehlt billigst; rohe Roßhaare, Borsten, Schweinshaare kauft die Roßhaarspinnerei und Produktenhandlung **Jorauer & London** in **Breslau,** Albrechtsstraße 48.

Eine **gute Drehrolle** ist zu verkaufen Wallischei 9.

Ein kleiner einsp. bereits gebrauchter
Eisenbahn-Hotel-Omnibus
zu etwa 4—6 Pers. wird sof. zu kaufen gesucht. Offerten mit näherer Beschreibung und Preisangabe befördert ***sub R. 7110.*** die Annoncenexpedition von

Rudolf Mosse, **Berlin.**

Familien-Nachrichten.

Statt besonderer Anzeige.

Heute früh ist meine liebe Frau von einem kräftigen Söhnchen glücklich entbunden worden.
Posen, den 8. November 1869.

Theodor Wollburg.

Allen lieben Verwandten und Bekannten hierdurch die Mittheilung, daß meine liebe Frau heute Nachmittag von einem muntern Knaben glücklich entbunden wurde.
Klecko, den 7. November 1869.

Jonas Rothmann.

Gestern früh $5\frac{1}{2}$ Uhr starb an den Folgen einer Brustfell-Entzündung nach dreiwöchentlichem Krankenlager unser theure Gatte, Vater, Bruder und Schwager, der Registrator ***Heinrich Pflanz,*** in einem Alter von 54 Jahren $10\frac{1}{3}$ Monaten. Die Beerdigung nach dem hiesigen Garnisonkirchhofe findet Dienstag, den 9. d. Mts., Mittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Bäckerstr. 3, aus statt.
Posen, den 8. November 1869.

Die Hinterbliebenen.

Am 7. d. M. starb nach längerem Leiden

Carl Heinrich Pflanz,

seit 21. Jahren Registrator des General-Kommandos 5. Armee-Korps. Er war ein seltener Mensch: bieder, pflichttreu und unermüdlich in seinem Dienste, geehrt und geachtet von Allen

Das General-Kommando wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Posen, den 7. November 1869.
Von Seiten des General-Kommandos 5. Armee-Korps.

v. d. Esch,
Oberstlieutenant und Chef des Generalstabes.

Nach langen schweren Leiden entschlief sanft zu einem bessern Leben heute Nachts 1 Uhr mein innigst geliebter Mann

Martin Rheinert,

64 Jahre alt

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9 d. **Mts.,** Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Graben Nr. 7, aus statt
Posen, den 7. November 1869.

Anna Rheinert geb. Ulrich.

(Statt besonderer Meldung.)

Todesanzeige.

Posen den 6. November 1869

Unser zweites Söhnchen **Gerhard,** kaum 16 Wochen alt, ist uns heute Morgens $10\frac{1}{2}$ Uhr nach schwerem langen Leiden durch den Tod wieder entrissen.

Die tiefbetrübten Eltern.
A. Werneckinck, Reg.- und Baurath.
Clara Werneckinck, geb **Schultz.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Frl. Anna Ebert in Labes mit dem Pastor Albrecht Schmidt in Arnhausen, Frl. Helene Lehmann in Schönfließ mit dem Prem.-Lieutenant Dühring in Kulm, Frl. Oda Freiin v. Münchhausen mit dem Hauptmann v. Malißzewski in Halle a. S., Frl. Hedwig v. Brünken in Halberstadt mit dem Hrn. Rudolf Scheele in Stettin.

Geburten. Ein Sohn dem Apotheker J. Görcke in Landsberg a. W., dem Prem.-Lieutenant v. Kraatz-Koschlau in Schwedt a. O., dem Rittmeister Karl v. d. Marwitz in Greifenberg, dem Hauptmann Baron v. Forstner in Graudenz, dem Pastor Hermann Großer in Mülverstedt, dem Hrn. Udo v. Ramin-Schmagerow in Schmagerow; eine Tochter dem Hrn. W. Landsberg in Berlin, dem Dr. H. Nathusius in Halberstadt, dem Major a. D. v. Bornstedt in Berlin, dem Superintendenten Eichler in Bublitz, dem Oberpfarrer H. Naumann in Lichtenstein, dem Pastor Th. Martens in Lübz.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 8. November 1869. (**Marcuse & Maas.**)

		Not. v. 6			Not. v. 6
Weizen, matt.			**Spiritus,** unverändert.		
November	$61\frac{3}{4}$	62	November	$14\frac{7}{12}$	$14\frac{5}{8}$
Frühjahr	$63\frac{3}{4}$	64	Nov.-Dez.	$14\frac{5}{12}$	$14\frac{1}{2}$
Mai-Juni	$64\frac{3}{4}$	65	Frühjahr	$14\frac{11}{12}$	15
Roggen, matt.			**Rüböl,** unverändert.		
November	46	$46\frac{1}{4}$	November	$12\frac{1}{12}$	$12\frac{1}{12}$
Frühjahr	$44\frac{1}{2}$	$44\frac{3}{4}$	April-Mai 1870	$12\frac{1}{6}$	$12\frac{1}{6}$
Mai-Juni	45	45			

Börse zu Posen

am 8. November 1869.

Fonds. Posener $3\frac{1}{2}$% alte **Pfandbriefe** $91\frac{1}{4}$ **Gd.**, do. 4% neue do. $82\frac{1}{2}$ **Br.**, do. Rentenbriefe 84 **Br.**, do. **Provinzial-Bankaktien** —, do. 5% **Provinzial-Obligationen** $98\frac{1}{2}$ **Br.**, poln. **Banknoten** $75\frac{1}{2}$ **Gd.**

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** [p. 25 pr. Scheffel = 2000 Pfd.] Gek. 25 Wispel. pr. Nov. $42\frac{1}{2}$, Nov.-Dez. 42, Dez. 1869-Jan. 1870 42, Febr.-März $42\frac{1}{2}$, Frühjahr $42\frac{5}{8}$.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) gekündigt 12,000 Quart. pr Novbr. $13\frac{2}{3}$, Dezbr. $13\frac{3}{4}$, Januar 1870 $13\frac{11}{12}$, Febr. $14\frac{1}{12}$, März $14\frac{1}{6}$, April $14\frac{1}{4}$. Loko-Spiritus (ohne Faß) $14\frac{5}{8}$

Fonds. [Privatbericht.] $3\frac{1}{2}$% **Preuß.** Staatsschuldscheine 79 **Br.**, 4% **Pos. Pfandbr.** $81\frac{3}{4}$ **Gd**, $3\frac{1}{2}$% do. —, 4% **Pos.** Rentenbr. 84 **Br.**, $4\frac{1}{2}$% do. **Prov.-Bank** 101 **Gd.**, 4% do. **Realkredit** —, 5% do. **Stadt-Oblig.** 92 **Gd.**, 4% **Märk.-Pos.** Stammakt. $60\frac{1}{2}$ bz., 4% **Berlin-Görl.** do. —, 5% Ital. Anleihe ult. 57 bz., 6% Amerikan. do. (de 1882) $89\frac{1}{2}$ **Gd.**, 5% Türk. do. (de 1865) $41\frac{1}{4}$ **Br**, 5% Oesterr.-franz. Staatsbahn —, 5% do. Südbahn (Lomb.) —, $7\frac{1}{2}$% Rumän. Eisenb.-Anl. $71\frac{1}{8}$ bz.

Loose. Oesterreichische (1860) Loose 76 **Gd.**

[Privatbericht.] **Wetter:** regnerisch. **Roggen:** matt. Gek. 25 Wispel. pr. Nov. $42\frac{1}{2}$ bz. u. **Br.**, Nov.-Dez. 42 bz. u. **Br.** Dez.-Jan. do., Frühjahr $42\frac{1}{2}$—$42\frac{1}{4}$ bz. u Gd., April-Mai $42\frac{1}{4}$ bz.

Spiritus: schwach behauptet Gekündigt 12,000 Quart. pr. Nov. $13\frac{2}{3}$ bz u. **Br**, Dez. $13\frac{3}{4}$–$\frac{19}{24}$–$\frac{5}{6}$ bz u. Br., Jan. $13\frac{23}{24}$ bz. u. **Gd**, 14 **Br.**, Febr. $14\frac{1}{6}$ **Gd**, April-Mai $14\frac{1}{3}$ bz. u. Gd. Loko ohne Faß $13\frac{7}{12}$ bz.

Berlin, 6. November. [Wöchentlicher Börsenbericht.] Die abgelaufene Woche war zwar nicht lebhaft oder durch etwas im Geschäft ausgezeichnet, sie hat aber doch recht verschiedenartige Anregungspunkte aufzuweisen. Das in unserem vorigen Bericht annoncirte Steigen der österreichischen Valuta setzte sich Anfangs der Woche fort, doch brachten sie die letzten Tage wieder etwas zurück. Aus diesem Umstande kann aber keine Besserung der allgemeinen Lage gefolgert werden und der Schluß der Woche deckte wieder eine neue krankhafte Stelle des internationalen Börsenmarktes auf. Vor acht Tagen tauchte von Paris her das Gerücht auf, der Kaiser Napoleon sei von Neuem erkrankt; es läßt sich nicht verkennen, daß dasselbe einen durchgehenden Einfluß auf die Börsen ausübte, doch blieb dieser nur ein schnell vorübergehender, da sich sehr bald die Nachricht einstellte, daß der Kaiser im besten Wohlsein einem fast ausschließliche von Militärs besuchten großen Diner präsidirt habe. Auch die dalmatinischen Unruhen hatten ihre Wirksamkeit auf die Börsen verloren, denn einerseits brachten die neueren Nachrichten Zeugnisse, daß der Aufstand als überwunden zu betrachten wäre und andererseits liegt sozusagen dem Großbörsenverkehr das Terrain vorläufig noch zu fern, als daß die Vorgänge weiter als bis zur Donau wirklich verstimmen könnten. Hält der Aufstand länger an, ist die aufgebotene Streitmacht österreichischer Truppen unzureichend, so könnte leicht in einiger Zeit, besonders wenn wirklich russische Agenten die Hand dabei im Spiele haben und der Aufstand nur ein zur unrichtigen Zeit begonnener Anfang einer allgemeinen panslavistischen Erhebung ist, eine jetzt noch unabsehbare Verwickelung eintreten. Der Kardinalpunkt dieser Woche lag aber dennoch auf österreichischem Boden, und zwar in Pest. Auch dieser Platz hat im Sommer stark gesündigt; den bedeutenden Getreideexporten des vorigen Jahres, die reiche Mittel ins Land brachten, die die Einnahmen der ungarischen Bahnen und der verwandten Etablissements füllten und die Spekulation auch auf Aktien und Antheile hierauf rege machten, folgte jene bekannte Periode der stürmischen Hausse, — nicht zu verwundern ist es da, wenn auch Pest vom Wiener Gründungsschwindel angesteckt wurde. Es entstanden großartige angelegte Institute, Banken und industrielle Etablissements, die von augenblicklichen und von der Zeitströmung unterstützten Erfolgen verblendet, sich wesentlich über ihre Kräfte engagirten. Auf jede Sünde folgt aber unweigerlich die Strafe, auf jede Aktion die Reaktion, und so trat denn bei dem Rückgang aller Devisen und bei dem unglücklichen Ausgange der diesjährigen Getreidespekulation eine immer mehr um sich greifende Geldknappheit ein, die nun in einer Deroute des Pester Marktes und mit den Fallissements mehrerer großen und vieler kleinen Häuser kulminirt. Bei dem innigen Zusammenhange zwischen Pest und Wien mußten die Ereignisse dort auch ihren Schatten hierhin werfen, und dies war der Grund, weshalb Wien noch immer energischen Widerstand dem Vorgehen der anderen Börsenplätze entgegenstellte.

Ein anderes Interesse gewannen Italiener. Wie wir bereits in früheren Berichten erwähnten, war auf das kurze Steigen der italienischen Rente nicht viel zu geben; es erschien sogleich wie ein zu Gunsten der Domanial-Anleihe schlecht angelegtes Feuerwerk — jetzt endlich ist der Prospekt der neuen Anleihe veröffentlicht und zeigt, wie ungünstige Chancen diese sowohl

in Bezug auf die Verzinsung, als auch auf die Amortisation bietet. Ja, diese Bedingungen sind der Art, daß man gestern in Paris allgemein der Ansicht war, Frankreich werde die Subskription nicht gestatten. Diese Ansicht wirkte sehr drückend auf die Ital. Rente und bewog wohl in Paris und hier mehr das Zurückgehen derselben, als es die Gerüchte über die Fieberanfälle Viktor Emanuels an sich allein vermocht hätten. — Amerikaner waren beliebt und sehr fest, schlossen sich aber heute auch dem allgemeinen Kursrückgange an. Obgleich die Kurse der Spekulationsdevisen um ca. 2 Thlr. niedriger gegen gestern waren, so herrschte doch heute eine feste Haltung; das Geschäft gestaltete sich ebenfalls heute lebhafter und hätte wesentlich an Ausdehnung gewonnen, wenn nicht durch das Ausbleiben sämmtlicher Wiener Kurse die Spekulation etwas zurückhaltend gewesen wäre. — Auf dem Eisenbahnaktienmarkte war eine feste Haltung unverkennbar. Doch blieb das Geschäft sehr still und die Spekulation auf diesem Gebiete verhielt sich vollständig unthätig. — Die der spekulativen Unternehmung nicht ausgesetzten Effekten blieben im ruhigen, gewöhnlichen Verkehr. — Geld war etwas flüssiger; feinste Briefe wurden zu 4⅝ a 4½ pCt. diskontirt; der Baarvorrath der Bank verringerte sich um ca. ¾ Mill. Thlr.

Produkten-Börse.

Berlin, 6. Nov. Wind: West. Barometer: 27². Thermometer: 6° +. Witterung: Regen. — Im Verkehr mit Roggen herrschee auch heute die tiefste Stille. Die vereinzelten Umsätze auf Termine, welche zu Stande gekommen sind, lassen kaum eine Preisveränderung konstatiren. Stimmung matt. Das Effektivgeschäft ist auch nichts weniger, als regsam. Die Offerten disponibler Waare sind nicht groß, aber sie überwiegen den sehr schwachen Begehr. Gekündigt 4000 Ctr. Kündigungspreis 47⅝ Rt. — Roggenmehl leblos. Nominell unverändert. — Weizen ziemlich gut behauptet. — Hafer loko unverändert und schleppend. Termine matt, besonders nahe Lieferung unbeachtet. Gekündigt 1200 Ctr. Kündigungspreis 25½ Rt. — Rüböl matt und eine Wenigkeit billiger, aber kaum belebter. — Spiritus in sehr beschränktem Verkehr und bei lustloser Stimmung nur mühsam im Werthe behauptet. — Weizen loko pr. 2100 Pfd. 52—68 Rt nach Qualität, pr. 2000 Pfd. per diesen Monat 57½ Rt. bz., Nov.-Dez. do., April-Mai 60½ a 60¾ a 60½ bz. — Roggen loko pr. 2000 Pfd. 46½ a 48 Rt. bz., per diesen Monat 47½ a 47¼ Rt bz., Nov.-Dez. 46½ a 46¼ bz., Jan.-Febr. 46½ bz., April-Mai 45⅞ a 45¾ bz. — Gerste loko pr. 1750 Pfd. 35 bis 49 Rt. nach Qualität. — Hafer loko pr. 1200 Pfd. 24—29 Rt. nach Qualität, 25½ a 27½ bz., per diesen Monat 25½ a 45½ Rt. bz., Nov.-Dez. 25½ bz., April-Mai 26⅝ bz., Mai-Juni 27 bz. — Erbsen pr. 2250 Pfd. Kochwaare 60—66 Rt nach Qual., Futterwaare 51—55 Rt. nach Qualität. — Leinöl loko 11½ Rt. Br. — Rüböl loko pr. 100 Pfd. ohne Faß 12⅝ Rt. bz., per diesen Monat 12 5/12 a ⅜ Rt. bz., Nov.-Dez. 12⅜ a ⅓ a ⅜ bz., Dez.-Jan. 12⅜ bz., Jan.-Febr. 12 5/12 Rt., Febr. allein 12 5/12 bz., März allein 12 11/24 bz., April-Mai 12 11/24 a ⅜ a 11/24 bz., Mai-Juni 12½ bz. — Petroleum raffin (Standard white) pr. Ctr. mit Faß: loko 8½ Rt., per diesen Monat —, Nov.-Dez. 8 5/12 Rt. bz., Dez.-Jan. 8¼ a 7/24 bz., Jan.-Febr — Spiritus pr. 8000% loko ohne Faß 14 19/24 Rt. bz., loko mit Faß —, per diesen Monat 14⅝ a 1/12 Rt. bz. u. Gd, 14⅝ Br., Nov.-Dez. do, Dez.-Jan. 14⅝ a ⅝ bz, Jan.-Febr. 14⅝ a ¾ bz., April-Mai 15 5/24 a ⅛ bz u Gd., 5/24 Br., Mai-Juni 15⅓ a 7/24 bz., Juni-Juli 15⅝ bz, Juli-August 15⅞ bz. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 4½—4 Rt., Nr. 0. u 1 4—3⅞ Rt., Roggenmehl Nr. 0 3½ bis 3¼ Rt. Nr. 0 u. 1 3 5/24—3 Rt. pr. Ctr. unversteuert exkl. Sack. — Weizenmehl langsamer Verkauf, Roggenmehl beachteter. — Roggenmehl Nr. 0. u. 1. pr. Ctr. unversteuert inkl. Sack; per diesen Monat 3 Rt. 10½ Sgr. Br., Nov.-Dez. 3 Rt. 9 Sgr. Br., Dez.-Jan. 3 Rt. 8½ Sgr. Br., Jan.-Febr. 3 Rt. 8 Sgr. Br., April-Mai 3 Rt. 6¾ Sgr. bz. (B. H. Z.)

Stettin, 6. Novbr. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Schneefall. Temperatur: + 5° R. Barometer: 27. 2. Wind: SO. — Weizen flau und niedriger, p. 2125 Pfd. loko gelber inländ. neuer 57—62½ Rt., bunter poln. 56—60½ Rt., ungar. 54—62½ Rt., 83/85pfd gelber pr Nov. 62½—61½ bz., (abgel. Anmeld. 61¾ bz.), pr. Frühjahr 64, 63½ bz. — Roggen matter, p. 2000 Pfd. loko geringer 44½—45½ Rt., besserer 46—47½ Rt., feinster schwerer 48—49 Rt., pr. Nov. 46½, ½ bz., Nov.-Dez. 45 bz u. Br., Frühjahr 44¾, ½ bz. — Gerste stille, p 1750 Pfd. loko oderbr. 39—41 Rt, märk. 39½—40½ Rt., Futtergerste 34—38 Rt. — Hafer unverändert, p. 1300 Pfd. loko 26—27½ Rt., 47/50pfd. pr. Frühjahr 27 Gd., Mai-Juni 27½ Gd. — Erbsen fester, p. 2250 Pfd. loko Futter- 50—51½ Rt., Koch- 53 Rt., Frühjahr Futter- 49 Br.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
54—61	46—50	34—40	23—27	50—53 Rt.

Heu 10—17½ Sgr., Stroh 6—7½ Rt., Kartoffeln 9—12 Rt. — Rüböl stille, loko 12½ Rt. Br., ¼ bz., pr. Nov. 12½ Br, 1/12 Gd., Nov.-Dez. 12 1/12 Gd., April-Mai 12½ Br. u. Gd. — Spiritus behauptet, loko ohne Faß 14 19/24 Rt. bz., mit Faß 14 7/12 Rt. bz, pr. Nov. 14 7/12, ⅝ bz., ⅝ Br., Nov.-Dez. 14½ bz, Frühjahr 15 Br. — Angemeldet: 150 W. Weizen, 50 W. Roggen, 300 Faß Petroleum. — Regulirungspreise: Weizen 62 Rt., Roggen 46½ Rt., Rüböl 12½ Rt., Spiritus 14⅝ Rt., Petroleum 8½ Rt. — Petroleum loko 8 5/24, ½ Rt. bz. u. Br., Nov.-Dez. 8 5/24, ⅛, ⅙ bz. Dez.-Jan. 8½, 8⅝ bz., 8 5/12 Br., Jan.-Febr 8½ Br. — Hering, schott. crown und full Brand 14½ Rt. tr. bz. (Ostf.-Z.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 6 Novbr., Nachm. 1 Uhr. Wetter stürmisch. Weizen niedriger, hiesiger loco 6, 15, fremder loko 6, 5, pr Nov. 6, 4½ (gek. 4500 Sack) pr. März 6, 7, pr. Mai 6, 8½. Roggen matt, loko 5, 17, pr. Novbr 5, 5, pr. März 5, 4½, pr. Mai 5, 4½. Rüböl unverändert, loko 13 6/10 pr. Mai 13 8/10. Leinöl loko 11½. Spiritus loko 19.

Bremen, 6. Novbr. Petroleum, Standard white, loko 7⅓ a 7⅜. Auf Termine unverändert, fest.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 233' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
6. Novbr.	Nachm. 2	27" 0''' 66	+ 1°0	SSO 2-3	bedeckt. Ni Schn.
6. „	Abnds. 10	27" 0''' 86	+ 1°4	N 3	bedeckt. Ni. ¹)
7. „	Morg. 6	27" 5''' 23	+ 2°2	W 2-3	trübe. Cu-st., Ni
7. „	Nachm. 2	27" 7''' 63	+ 4°1	W 2	trübe. St, Cu.
7. „	Abnds. 10	27" 8''' 37	+ 1°4	W 2-3	halbheiter. St.²)
8. „	Morg. 6	27" 8''' 86	+ 0°8	W 2-3	heiter. St.

¹) Regen- und Schneemenge: 42,8 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß
²) Schneemenge: 9,7 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 7. Novbr. 1869, Vormittags 8 Uhr, 2 Fuß 7 Zoll
„ „ 8. „ „ „ 2 „ 9 „

Posener Marktbericht vom 8. November 1869.

	von Rt	von Sgr	von Pf	bis Rt	bis Sgr	bis Pf
Feiner Weizen, der Scheffel zu 16 Metzen	2	15	—	2	17	6
Mittel-Weizen	2	7	6	2	10	—
Ordinärer Weizen	2	—	—	2	2	6
Roggen, schwere Sorte	1	26	3	1	28	9
Roggen, leichtere Sorte	1	21	6	1	23	—
Große Gerste	1	17	6	1	21	6
Kleine Gerste	1	15	—	1	20	—
Hafer	—	28	—	1	—	—
Kocherbsen	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen	1	23	—	1	25	—
Winterrübsen	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	11	6	—	13	—
Butter, 1 Faß zu 4 Berliner Quart	2	10	—	2	20	—
Rother Klee, der Centner zu 100 Pfund	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee, dito dito	—	—	—	—	—	—
Heu, dito dito	—	—	—	—	—	—
Stroh, dito dito	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Telegramme.

Kattaro, 6. Nov. Die Telegraphenleitung zwischen Kattaro und dem Hauptquartiere war durch die Insurgenten zerstört, trotzdem sind Nachrichten über das erfolgreiche Vordringen unserer Truppen in der Zupa hierhergelangt. — Heute wurde im hiesigen Hafen ein Trabakel mit 2000 Zentnern Blei für Montenegro in Beschlag genommen. — Die standrechtliche Verhandlung wider den Bürgermeister von Risano findet demnächst statt. — Generalmajor Graf Auersperg wird hier noch erwartet.

Jerusalem, 7. Nov. Der Kronprinz von Preußen besichtigte gestern die Stadt, die Umgebung und sämmtliche heilige Orte. Heute wohnte der Kronprinz dem protestantischen Gottesdienste bei, besichtigte die deutsche Wohlthätigkeitsanstalt, nahm hierauf Besitz vom Terrain der Johanniterritter, welches der Sultan dem Könige von Preußen bekanntlich abgetreten hat.

Florenz, 7. Nov. Der König hat auf sein ausdrückliches Verlangen und ohne Veranlassung der Aerzte die Sterbesakramente empfangen. Bis jetzt dauert die schon gestern gemeldete Besserung fort.

Schloß San Rossore, 8. Novbr., 1 Uhr Morgens. Das Befinden des Königs zeigt fortschreitende Besserung.

Breslau, 6. Novbr. In Folge niedriger Notirungen erfuhren Spekulationspapiere, namentlich österreichische Kredit und Lombarden, einen abermaligen Rückgang, doch war zu den herabgesetzten Kursen ziemlich lebhaftes Geschäft. Auch italienische Rente wegen ungünstiger Nachrichten über den Gesundheitszustand Viktor Emanuels sehr gedrückt und ca. ¾ pCt. billiger gehandelt. Per ult. fix: Lombarden 135½ bez. u. Br., österreichische Währung 51⅜-⅜ bez., österreich. Kredit- 123¾-½-⅝ bez. u. Gd., Amerikaner 89¾ Gd., Italiener 52 bez. u. Gd.

Offiziell gekündigt: 2000 Ctnr. Roggen.

[Schlußkurse.] Oesterr. Loose 1860 —. Minerva 42 a ½ bz u G. Schlesische Bank 119 B. Oesterr. Kredit-Bankaktien 123½ bz u G. Oberschl. Prioritäten 72¾ B. do. do. 81½ B. do. Lit. F. 88¾ B. do. Lit. G. 88½ bz. Rechte Oder-Ufer-Bahn St.-Prioritäten 98 B. Breslau-Schweid.-Freib. 111 B. Oberschlesische Lit. A. u. C. 181½ bz u G. Lit. B. —. Rechte Oder-Ufer-Bahn 91½ bz u G. Kosel-Oderberg 110⅞ G. Amerikaner 89¾ G. Ital. Anleihe 52 G.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 6. Novbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Theilweise matt Nach Schluß der Börse geschäftslos.
(Schlußkurse.) 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 89½. Türken —. Oestr. Kreditaktien 217. Oesterr.-franz. Staatsb.-Aktien 358½. 1860er Loose 76½, 1864er Loose 111. Lombarden 237¼.

Frankfurt a. M., 6. Novbr., Abends. [Effekten-Societät.] Amerikaner 89 9/16, Kreditaktien 215¼, Staatsbahn 358½, Lombarden 236⅞, 1860er Loose 76⅜, Silberrente 56⅜, Galizier 221¼. Matt. Pariser Schlußkurse bekannt.

Wien, 6. November. (Schlußkurse der officiellen Börse.) Sehr matt. Nationalanlehen —, —, Kreditaktien —, —, St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 374, 00, Galizier 231, 50, London —, —, Böhmische Westbahn 210, 00, Kreditloose 154, 25, 1860er Loose —, —, Lomb. Eisenb. 246, 75, 1864er Loose 115, 25, Silberanleihe —, —, Napoleonsd'or 9, 93.

Wien, 6. Novbr., Abends. [Abendbörse.] Kreditaktien 224, 50, Staatsbahn 372, 00, 1860er Loose 93, 80, 1864er Loose 115, 00, Galizier 230, 50, Lombarden 244, 00, Napoleons 9, 93½. Stark angeboten.

Wien, 7. Nov., Nachmittags 1 Uhr. [Privatverkehr.] (Schluß.) Kreditaktien 223, 50, Staatsbahn 371, 00, 1860er Loose 93, 50, 1864er Loose 115, 00, Lombarden 244, 75, Galizier 229, 00, Napoleons 9, 93½. Matt.

London, 6. November. Des hiesigen Festtages wegen keine Börse.

Paris, 6. November, Nachm. 3 Uhr. Matt und stille. (Schlußkurse.) 3proz. Rente 71, 17½-71, 27½-71, 15-71, 17½. Ital. 5% Rente 52, 70 sehr matt. Oesterreich. Staats-Eisenbahnaktien 766, 25. Kredit-Mobilier-Aktien 192, 50. Lomb. Eisenbahn-Aktien 498, 75 coup. dét. do. Prioritäten 239, 50. Tabaksobligationen 423, 75. Tabaksaktien 620, 75. Türken 42, 65. 6proz. Verein. St. pr. 1882 (ungest.) 94⅞.

Paris, 7. Nov., Nachm. 2 Uhr. Boulevard. 3proz. Rente 71, 02½, Italiener 52, 10, Lombarden 495, 00. Matt. Die Nachrichten über das Befinden des Königs Viktor Emanuel wirkten verstimmend.

Berlin, 6. November. In Folge der schlechteren Pariser Notirungen so wie der Wiener, waren die Kurse der fremden Spekulationspapiere niedriger; doch blieb die Haltung für Kredit, Lombarden und Franzosen ziemlich fest und zeigte sich gute Kauflust, so daß das Geschäft etwas belebter war, als in den letzten Tagen. In Italienern fanden zu niedrigerem Preise größere Umsätze statt. Eisenbahnen und Banken waren heute stiller. Eisenbahnen etwas matter. Inländische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe waren bei geringem Geschäft behauptet. Inländische Prioritäten waren fest und belebter als in den letzten Tagen; Halberstädter B's, Potsdamer, Bergische 3proz., Bergische VI. Emission, Köln-Mindener 3. Stettiner 6. und noch andere waren höher und belebt, russische matt, österreichische vernachlässigt; Franz-Josephsbahn 75 Br., österreichische Nordostbahn 75¾ Br., österreichische Fonds waren matter.

Von russischen Effekten waren Bahnen und Prämienanleihen niedriger, erstere sehr belebt, letztere nicht so sehr vls in diesen Tagen, Liquidations-Pfandbriefe wurden viel gehandelt, Pfandbriefe etwas höher und begehrt. Bukarester Loose 5½ Brief. — Sächsische Hypotheken-Pfandbriefe 48½ Geld. — Wechsel begehrt und ziemlich belebt.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 6. November 1869.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	95½ bz
Staats-Anl. v. 1859	5	101⅜ bz
do. 1854, 55, A.	4½	93½ G
do. 1857	4½	93½ bz
do. 1859	4½	93½ bz
do. 1856	4½	93½ bz
do. 1864	4½	93½ bz
do. 1867 A.B.D.C	4½	93½ bz
do. 1850, 52 conv.	4	84¾ bz
do. 1853	4	83 G
do. 1862	4	82¾ bz
do. 1868 A.	4	82¾ bz
Staatsschuldscheine	3½	79 bz
Präm. St. Anl. 1855	3½	114½ bz
Kurh. 40Thlr.-Obl.	—	57½ B
Kur- u. Neum. Schld	3½	79⅝ bz
Oderdeichbau-Obl.	4½	— —
Berl. Stadtoblig.	5	100½ bz
do. do.	4½	91⅝ bz G
do. do.	3½	70¼ B
Berl. Börs.-Obl	5	100 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	88⅞ B
Kur- u. Neum.	3½	71¾ G
do. do.	4	80½ bz
Ostpreußische	3½	70⅞ G
do.	4	78½ bz
do.	4½	86½ G
Pommersche	3½	70½ bz
do.	4	80⅜ bz
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	82 bz
Sächsische	4	81 G
Schlesische	3½	— —
do. Lit. A.	4	— —
do. neue	4	— —
Westpreußische	3½	70½ G
do.	4	78½ bz 4½%
do. neue	4	78 B [84⅞ bz
do.	4½	84¾ bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neum.	4	86⅞ bz
Pommersche	4	87 G
Posensche	4	84 bz
Preußische	4	84½ B
Rhein.-Westf.	4	89 bz
Sächsische	4	87¾ bz
Schlesische	4	85¼ bz
Preuß. Hyp.-Cert.	4½	100 G
Pr. Hyp.-Pfdbr.	4½	— —
Preuß. do. (Henkel)	4½	86 B

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	48½ bz
do. National-Anl.	5	56⅜-½ bz
do. 250fl. Pr. Obl.	4	72½ bz G
do. 100 fl. Kred. L.	—	85 bz [bz
do. Loose (1860)	5	76⅜ bz ult. 76¼
do. Pr.-Sch. v. 64	—	63¾ bz
do. Silb. Anl. v. 64	5	— —
do. Bodenkr. Pfdbr.	5	89 G
Ital. Anleihe	5	52⅜ bz ult. 52⅜
Ital. Tabak.-Obl.	6	83⅜ bz [bz
Rumän. Anleihe	8	91⅜ B
Rum. Eisenb.-Anl.	7½	71¼ bz
5. Stieglitz-Anleihe	5	66¾ bz
R. russ. v. J. 1862	5	86⅜ bz
do. 1864 engl. St.	5	91 G
do. 1864 holl. St.	5	89½ G
do. 1866 engl. St.	5	91 G
do. 1866 holl. St.	5	89½ G
Präm.-Anl. v. 1864	5	116¾-17½-17 bz
do. v. 1866	5	112-13¾ bz
Russ. Bodenkred. Pf.	5	80 bz B II. 80 bz B
do. Nikolai-Oblig.	4	67 G n. 66 bz
Poln. Schatz-Obl.	4	gr 67½ G kl. 66⅜
do. Cert. A. 300 fl.	5	91⅜ G [bz
do. Pfdbr. in S.R.	4	67½ G
do. Part.-O. 500fl.	4	97½ G
do. Liqu.-Pfandbr.	4	56½ bz G [90bz
Finn. 10Thlr.-Loose	—	7¾ bz G [89¾-
Amerik. Anl. 1882	6	89⅞-90⅛ bz ult
Türkische Anl. 1865	5	41½ bz ult. 41⅞ bz
Bad. 4½% St.-Anl.	4½	92⅜ G [B
Neue bad. 35fl. Loose	—	32½ bz
Bad. Eis.-Pr.-Anl.	4	103⅛ bz
Bair. 4% Pr.-Anl.	4	104¾ G
do. 4½% St.A. v. 59	4½	— —
Braunschw. Anl.	5	— —
Braunschw. Präm.-	3½	
Anl. à 20 Thlr.	3½	16¾ bz
Dessauer Präm.-A	5	96½ B
Lübecker do.		47 G
Sächsische Anl.	5	— —
Schwed. 10Thlr.-L.	—	— —

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Anhalt. Landes-Bk.	4	89 B
Berl. Kass.-Verein	4	162½ G
Berl. Handels.-Ges.	4	128 B j. 20 et bz
Braunschw. Bank	4	114 etbz G [40%
Bremer Bank	4	113 G [119 G
Coburg. Kredit-Bk.	4	85 B
Danziger Priv.-Bk.	4	103 G
Darmstädter Kred.	4	121¾ B
do. Zettel-Bank.	4	97 B
Dessauer Kredit-Bk.	0	6⅞ bz G
Disk.-Kommand.	4	131 bz G
Genfer Kredit-Bk.	4	20⅞ bz G exkl. C.
Geraer Bank	4	93 etw bz
Gwrbk. H. Schuster	4	108 G
Gothaer Priv.-Bk.	4	95 B
Hannoversche Bank	4	91½ B
Königsb. Priv.-Bk.	4	105 G
Leipziger Kred.-Bk.	4	112½ bz G
Luxemburger Bank.	4	114½ B j. 108 bz
Magdeb. Privatb.	4	88 etw bz
Meininger Kreditb.	4	112½ bz
Moldau Land.-Bk.	4	21½ G vll 63½ G
Norddeutsche Bank	4	132 G
Oestr. Kreditbank	5	125½-25¾ bz
Pomm. Ritterbank	4	86½ G [ult. do.
Posener Prov.-Bk.	4½	101¾ bz
Preuß. Bank-Anth.	4½	143½ G
Rostocker Bank	4	114 G
Sächsische Bank	4	116 G
Schles. Bankverein	4	118¾ G
Thüringer Bank	4	77½ G
Vereinsbank Hamb.	4	113½ G
Weimar. Bank	4	84 B
Prß. Hyp-Vers 25%	4	104¾ G
Erste Prß. Hyp.-G.	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	80 G
do. II. Em.	4	80 G
do. III. Em.	4½	87 G
Aachen-Mastricht	4½	75 B
do. II. Em.	5	— —
do. III. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	4½	93½ B
do. II. Ser. (conv.)	4½	91½ B
III. Ser. 3½ v. St. g.	3½	75⅞ G
do. Lit. B.	3½	75⅞ G
do. IV. Ser.	4½	90 B
do. V. Ser.	4½	87⅝ bz
do. VI. Ser.	4½	86¾ etw bz
do. Düssel.-Elberf.	4	81½ etw bz
do. II. Em.	4½	— —
do. (Dortm.-Soest)	4	80 bz G
do. II. Ser.	4½	— —
do. (Nordbahn)	5	98¾ G
Berlin-Anhalt	4	— —
do.	4½	91 bz G
do. Lit. B.	4½	— —
Berlin-Görlitzer	5	99 G
Berlin-Hamburg	4	— —
do. II. Em.	4	— —
Berl.-Potsd.-Mgd. Lit. A. u. B.	4	— —
do. Lit. C.	4	82½ G
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	79½ bz
do. III. Em.	4	79 bz G
B.S.IV.S.v.St.g.	4½	90¾ G
do. VI. Ser. do.	4	78¾ bz B
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	87 G G. 87 G
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Mind. I. Em.	4½	— —
do. II. Em.	5	100 bz
do.	4	81½ G
do. III. Em.	4	80 G
do.	4½	90½ bz G
do. IV. Em.	4	80 B
do. V. Em.	4	80 B
Cosel-Oderb. (Wilh)	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
do. IV. Em.	4½	— —
Galiz. Carl-Ludwb.	5	83½ etw bz G
Lemberg-Czernowitz	5	65½ G
do. II. Em.	5	73½ bz
do. III. Em.	5	72 bz
Magdeb.-Halberst.	4½	90½ G
do. do. 1865	4½	89¾ bz
do. Wittenb.	3	65½ bz
do. Wittenb.	4½	89½ G
Niederschles.-Märk.	4	82½ B
do. II. S. à 62½ tlr.	4	82½ B
do. c. I. u. II. Ser.	4	82½ B
do. conv. III. Ser.	4	80⅛ bz
do. IV. Ser.	4½	91½ G
Niederschl. Zweigb.	5	98 B
Oberschles. Lit. A.	4	84 B
do. Lit. B.	3½	— —
do. Lit. C.	4	— —
do. Lit. D.	4	81½ G
do. Lit. E.	3½	72½ G
do. Lit. F.	4½	88¾ G
do. Lit. G.	4½	88½ B
Oestr.-Französ. St.	3	278½ bz G n. 277
Oestr. südl. St. (Lb.)	3	238 bz [G
do. Lomb. Bons	6	99½ G
do. do. fällig 1875	6	98 B
do. do. fällig 1876	6	97½ etw bz B
do. do. fäll. 1877/8	6	97 G
Ostpreuß. Südbahn	5	88½ bz
Rhein. Pr.-Obligat.	4	— —
do. v. Staat garant.	3½	— —
do. III. v. 1858 u. 60	4½	88 B
do. 1862 u. 1864	4½	88 B 65r 88
do. v. Staat garant.	4½	— — [B
Rhein-Nahe v. S. g.	4½	88¾ bz
do. II. Em.	4½	88⅜ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	— —
Charkow-Azow	5	78 bz B
Jelez-Woron.	5	82½ G
Kozlow-Woron.	5	80 bz
Kursk-Charkow	5	79 bz G
Kursk-Kiew	5	79¾ bz G
Mosko-Rjäsan	5	86½ G
Poti-Tiflis	5	79 B
Rjäsan-Kozlow	5	82½ bz G
Schuja-Iwanow	5	78½ B
Warschau-Teresp.	5	78½ bz kl. 79½ bz
Warschau-Wiener	5	83 bz
Schleswig	5	86¾ B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	89½ G
Thüringer I. Ser.	4	84 G
do. II. Ser.	4½	92⅛ bz B
do. III. Ser.	4	83 G
do. IV. Ser.	4½	92 bz B

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	34½ etw bz B
Altona-Kieler	4	104⅛ bz
Amsterdm-Rotterd.	4	95 B
Bergisch-Märkische	4	130¾ bz
Berlin-Anhalt	4	182¾ bz
Berlin-Görlitz	4	67⅛ bz
do. Stammprior.	5	88⅞ bz
Berlin-Hamburg	4	152 B
Berl.-Potsd.-Magd.	4	196⅞ bz
Berlin-Stettin	4	129 bz
Böhm. Westbahn	5	87⅛ bz
Bresl.-Schw.-Frb.	4	111⅛ bz
Brieg-Neiße	4	94⅛ bz G
Cöln-Minden	4	119 bz
do. Litt. B.	5	99¾ B
Cosel-Odb. (Wilh.)	4	110⅛ bz G
do. Stammprior.	4½	— —
do. do.	5	109¾ bz G
Galiz. Carl-Ludwig	5	95¾ bz
Halle-Sorau-G.	4	63 bz
do. Stammpr.	5	87¼ B
Löbau-Zittau	4	51 bz G
Ludwigshaf.-Bexb.	4	169¾ B
Märkisch-Posen	4	60⅞ bz B
do. Prior.-St.	5	84½ bz G
Magdeb.-Halberst.	4	147½ B n. 123 bz
do. Stamm-Pr. B.	3½	68⅛ bz G
Magdeb.-Leipzig	4	202½ bz G
do. do. Lit. B.	4	86⅛ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	137⅛ bz B
Mecklenburger	4	74⅜ bz G
Münster-Hammer	4	86½ etw bz
Niederschl.-Märk.	4	85¾ bz
Niederschl. Zweigb.	4	89½ B
Nordh.-Erf. gar.	4	77½ bz
Nordh.-Erf. St-Pr.	5	91¾ bz
Oberhess. v. St. gar.	3½	vll — — 25%—
Oberschl. Lit. A. u. C.	3½	182 bz G
do. Lit. B.	3½	165 bz G [do.
Oest.-Frnz.-Staats.	5	205¾-½-7 bz ult.
Oest. Südb. (Lomb.)	5	136-36½ bz ult.
Ostpr. Südbahn	4	24½ bz [135½-
do. St.-Prior.	5	55 bz [36⅛ bz
Rechte Oder-Uferb.	5	91⅛ bz G
do. do. St.-Pr.	5	98⅛ bz
Rheinische	4	113½ bz 40% 13½
do. Lit. B. v. St. g.	4	80⅛ bz B [bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	20 bz G
Russ. Eisenb. v. St. g.	5	88½-89 bz G
Stargard-Posen	4½	93⅜ bz B
Thüringer	4	137⅛ etw bz
do. 40%	5	— —
do. B. gar.	4	78 bz
Warschau-Bromb.	4	— — kl. — —
do. Wiener	5	56⅜ bz B

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113 11/12 bz
Gold-Kronen	—	9. 10⅞ G
Louisd'or	—	112½ G
Sovereigns	—	6. 23¾ G
Napoleonsd'or	—	5. 12⅛ bz
Imp. p. Zpfd.	—	468 bz G
Dollars	—	1. 12½ bz
Silber pr. Zpfd.	—	29. 23½ G
K. Sächs. Kass.-A.	—	99⅞ bz
Fremde Noten	—	99¾ bz
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅞ bz
Oestr. Banknoten	—	82 1/16 bz
Russische do.	—	75¼ bz

Wechsel-Kurse vom 6. November.

Bankdiscont	5	
Amstrd. 250 fl. 10T.	5	143⅛ bz
do. 2M.	5	142⅛ bz
Hamb. 300 Mk. 8T.	4½	151⅛ bz
do. 2M.	4½	150⅛ bz
London 1 Lstr. 3M.	3	6 23¼ bz
Paris 300 Fr. 2M.	2½	81 bz
Wien 150 fl. 8T.	5	81⅞ bz
do. do. 2M.	5	81 bz
Augsb. 100 fl. 2M.	4	56 22 G
Frankf. 100 fl. 2M.	4	56 22 G
Leipzig 100 Tlr. 8T.	5½	99⅞ G
do. do. 2M.	5½	99⅛ G
Petersb. 100R. 3W.	5½	83⅛ bz
do. do. 3M.	5½	82⅞ bz
Warschau 90 R. 8T.	6	75⅜ bz
Brem. 100 Tlr. 8T.	5	111⅜ bz

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.